

# Rosenland



## Zeitschrift für lippische Geschichte

Nr. 26

Dezember 2021

### Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b>	1
<b>Beiträge</b>	
Joachim Kleinmanns Das Oerlinghauser Amthaus - ein Hauptwerk Ferdinand Brunes	2
Carsten Doerfert Der Rathenau-Mord, die Studierenden der Detmolder Hochschule und das schwierige Bekenntnis zur Republik	10
Jürgen Hartmann Gebrochene Jugend, gebrochenes Leben. Der Leidensweg des Holocaust-Überlebenden Günter Wallhausen aus Schötmar	20
<b>Rezensionen</b>	
W. Freitag/T. Tippach (Hg.), Westfälische Kleinstädte um 1900. Typologische Vielfalt	46
A. Theilhaber, Friedrich Rosen. Orientalist Scholarship and International Politics	49
<b>Impressum</b>	53

### Editorial

*Joachim Kleinmanns zeigt am Amthaus in Oerlinghausen, dass der lippische Landbaumeister Ferdinand Brune nicht nur in Detmold Spuren hinterlassen hat.*

*Am 24. Juni 1922 wurde Reichsaußenminister Walter Rathenau ermordet. Carsten Doerfert untersucht, wie die Studentenschaft an der Detmolder Fürst Leopold-Hochschule, die in hohem Grade in Verbindungen organisiert war, auf diesen Angriff auf die junge deutsche Republik reagierte.*

*Jürgen Hartmann erinnert an das Schicksal eines jüdischen Bürgers von Schötmar, der vor 80 Jahren ins Ghetto Riga deportiert wurde, die grauenhafte Zeit überlebte, aber nicht nach Lippe zurückkehrte.*

### Das Oerlinghauser Amthaus – ein Hauptwerk Ferdinand Brunes

von Joachim Kleinmanns

In der Oerlinghauser Hauptstraße fällt ein außergewöhnlicher Bau ins Auge, der älteren Ortsansässigen noch als Amtsgericht<sup>1</sup> bekannt ist. Nicht nur die repräsentative Putzquaderung der Fassade, die doppelläufige Freitreppe und die ungewöhnliche Breite mit acht Fensterachsen unterscheiden sich von den benachbarten Gebäuden. Das hervorstechendste Merkmal dürften die beiden nebeneinanderliegenden Haustüren sein, die in der ursprünglichen Funktion als Amthaus begründet sind. Den Entwurf hatte 1837 der fürstlich lippische Landbaumeister Ferdinand Brune im Auftrag der Rentkammer geliefert.



*Abb. 1: Amthaus Oerlinghausen, Ansicht von Südosten, 2012.*

*(wikicommons, Nikater: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Oerlinghausen-Hauptstr32\\_01.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Oerlinghausen-Hauptstr32_01.jpg))*

Bevor es zu diesem Neubau kam, war jedoch zunächst an eine Erweiterung des alten Amthauses gedacht.<sup>2</sup> Amtmann Plage hatte sich über die Enge seiner Wohnung beschwert. Daraufhin

---

<sup>1</sup> 1979 wurde das Amtsgericht Oerlinghausen aufgelöst und teilweise dem Amtsgericht Detmold, dem es unterstand, und dem Amtsgericht Lemgo zugeordnet.

<sup>2</sup> Heute: Hauptstraße 19.

wurde Brune im Dezember 1829 beauftragt, das Amthaus zu besichtigen und sein Urteil abzugeben. 1830 erstellte Brune einen Bestandsplan<sup>3</sup> und verneinte in seinem Gutachten vom 11. April 1830, „daß das Gebäude für eine gewöhnliche Familie zu beschränkt genannt werden kann“, und hielt nur den Anbau einer Registratur für gerechtfertigt. Er stellte aber auch wegen des feuchten Standortes und der schlechten baulichen Beschaffenheit einen Neubau an anderer Stelle zur Diskussion.

## Das alte Amthaus

Das alte Amthaus stand gegenüber dem späteren Neubau, am Fuß des Tönsbergs, von dem es eine 1830 errichtete Stützmauer trennte, welche das Haus vor dem den Berg hinabfließenden Oberflächenwasser schützen sollte. Nur das Gefangenenhaus stand noch dahinter, litt aber auch unter Feuchteproblemen und hatte schon 1827 eine solche Schutzmauer erhalten.<sup>4</sup> Das alte Amthaus war aus Fachwerk konstruiert, zweigeschossig angelegt und mit der Traufe nicht parallel, sondern leicht schräg zur Straße positioniert.

Der Eingang lag in der Mitte des fünfsichtigen Gebäudes. Von dem dahinter liegenden Flur gelangte man rechts in die Amtsstube, links in die Wohnstube des Amtmanns Plage. Die jeweils rund 21 Fuß (6,09 Meter) breiten Stuben waren unterschiedlich tief, denn hinter der Wohnstube (3,99 Meter) war noch die Küche angeordnet, hinter der Amtsstube nur ein Gang, der sowohl die Kinderstube und die Gesindestube auf dessen anderer Seite erschloss als auch einen Stallanbau an der rechten Giebelwand für einen Abort, zwei Pferde, zwei Kühe und ein Schwein, dazwischen zwei weitere Aborte und auch Platz für eine Wagenremise. An die Wohnstube war vor die linke Giebelseite eine Kammer angebaut. Dahinter gelangte man durch ein Tor in eine Holzremise, die wegen des breiten Tors in der Giebelwand sicher auch als Wagenremise nutzbar war. Im Obergeschoss erreichte man von dem vorderen Hausflur zwei seitliche Stuben, drei Kammern und durch die rechte Stube eine weitere, die über der Gesindestube lag.

## Erste Erweiterungspläne

Ziel der Erweiterungspläne war 1830 ein eigener Raum für die Aktenregistratur, 3,92 Meter im Quadrat messend, kaum größer als der Kammeranbau an der gegenüberliegenden Hausseite. Die Planungen wurden jedoch zunächst auf Eis gelegt, im März 1834 wurden sie wieder aufgenommen und die Kosten dafür im Bau-Etat desselben Jahres vorgesehen.<sup>5</sup> Doch kam es dazu nicht, denn durch den Tod des Oerlinghauser Pfarrers ergab sich die Möglichkeit eines Neubaus im gegenüberliegenden Pfarrgarten, den herzugeben „der frühere Prediger“ sich geweigert hatte, den die Kammer aber nun am 25. November 1835 vom Konsistorium kaufen konnte.<sup>6</sup>

---

<sup>3</sup> LANDESARCHIV NRW ABTEILUNG OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), L 92 R, Nr. 1535.

<sup>4</sup> LAV NRW OWL, L 92 R, Nr. 1532.

<sup>5</sup> Im März 1834 zeichnet Brune den Anbau einer Registratur an die Amtsstube, in den Winkel des Stallanbaus hinein (LAV NRW OWL, L 92 R, Nr. 1535, Planmappe am Beginn der Akte und [38]).

<sup>6</sup> LAV NRW OWL, L 92 R, Nr. 1536 [32].

## Ferdinand Brunes Neubauplan

Infolgedessen beauftragte die Rentkammer Ferdinand Brune Ende 1835, einen Neubau zu entwerfen, der 1836 errichtet werden sollte.<sup>7</sup> Durch den Tod des Amtmanns Plage im Frühjahr 1836 hielt Brune die Pläne für obsolet, doch schon im Mai insistierte Plages Nachfolger, Carl Theodor Heldman,<sup>8</sup> bei der Kammer, den Neubau möglichst umgehend vorzubereiten. Der Kammer-Assessor Carl Wilhelm Stein wies Brune daraufhin am 10. Juni 1836 an, innerhalb zwei Monaten den Riss und Kostenanschlag nach Rücksprache mit Heldman auszuarbeiten.<sup>9</sup>

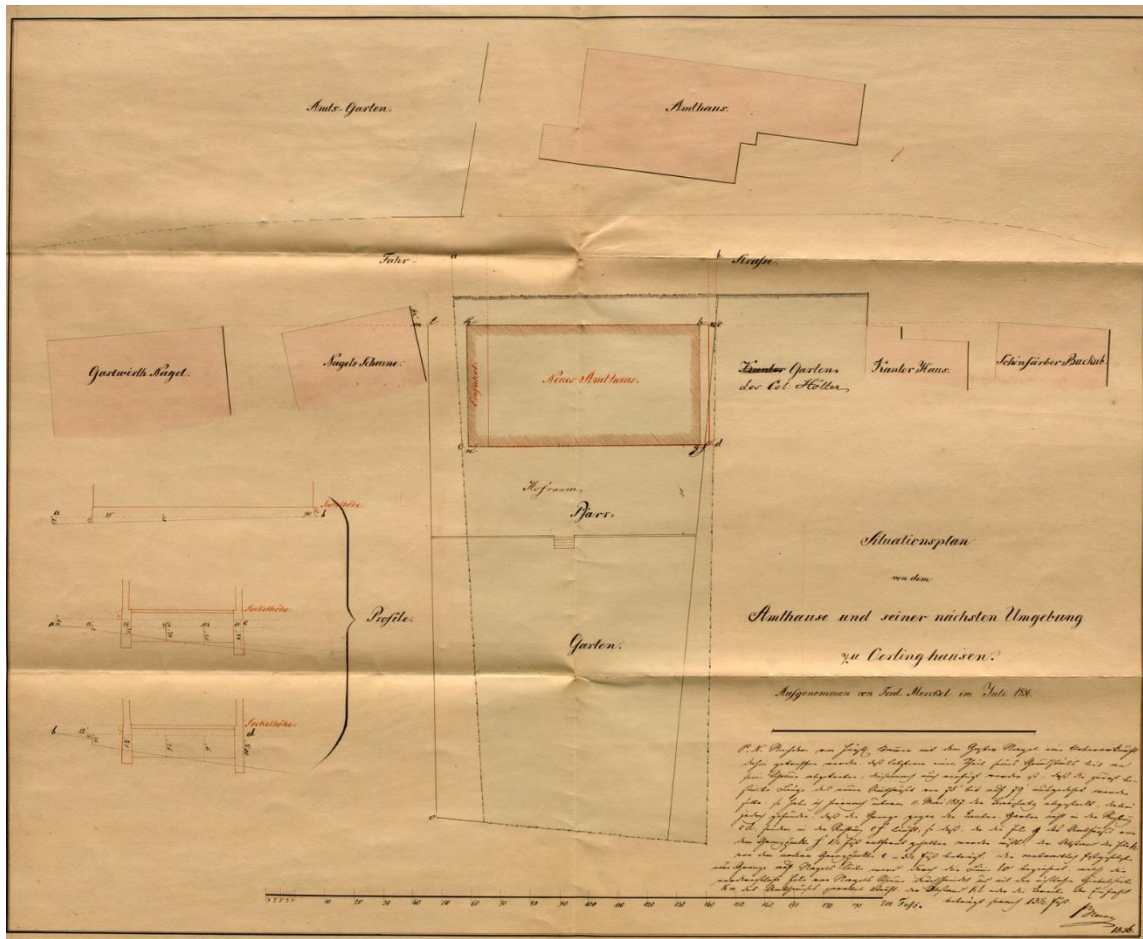


Abb. 2: Lageplan des alten Amthauses in Oerlinghausen, Ferdinand Merckel, 1836, mit Nachtrag des neuen Amthauses von Ferdinand Brune, 1837 (LAV NRW OWL, L 92 R, Nr. 1535)

<sup>7</sup> LAV NRW OWL, L 92 R, Nr. 1535 [45].

<sup>8</sup> Carl Theodor Heldman, geb. 26. Januar 1801 in Lemgo, gest. 16. Dezember 1872 in Detmold, Sohn des Lemgoer Bürgermeisters Heldman, Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen, ab 1822 Anwalt in Lemgo, ab 1836 Amtmann in Oerlinghausen. 1838 als Liberaler in den Lippischen Landtag gewählt, 1848 zum Regierungsrat berufen, 1868 Leiter des Kabinettsministeriums ([https://de.wikipedia.org/wiki/Carl\\_Theodor\\_Heldman](https://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Theodor_Heldman)). Portrait, 1845, im Profil von Julius Geißler in der Sammlung der LIPPISCHEN LANDESBIBLIOTHEK, HSA 22-78.

<sup>9</sup> LAV NRW OWL, L 92 R, Nr. 1536 [1] und [2].

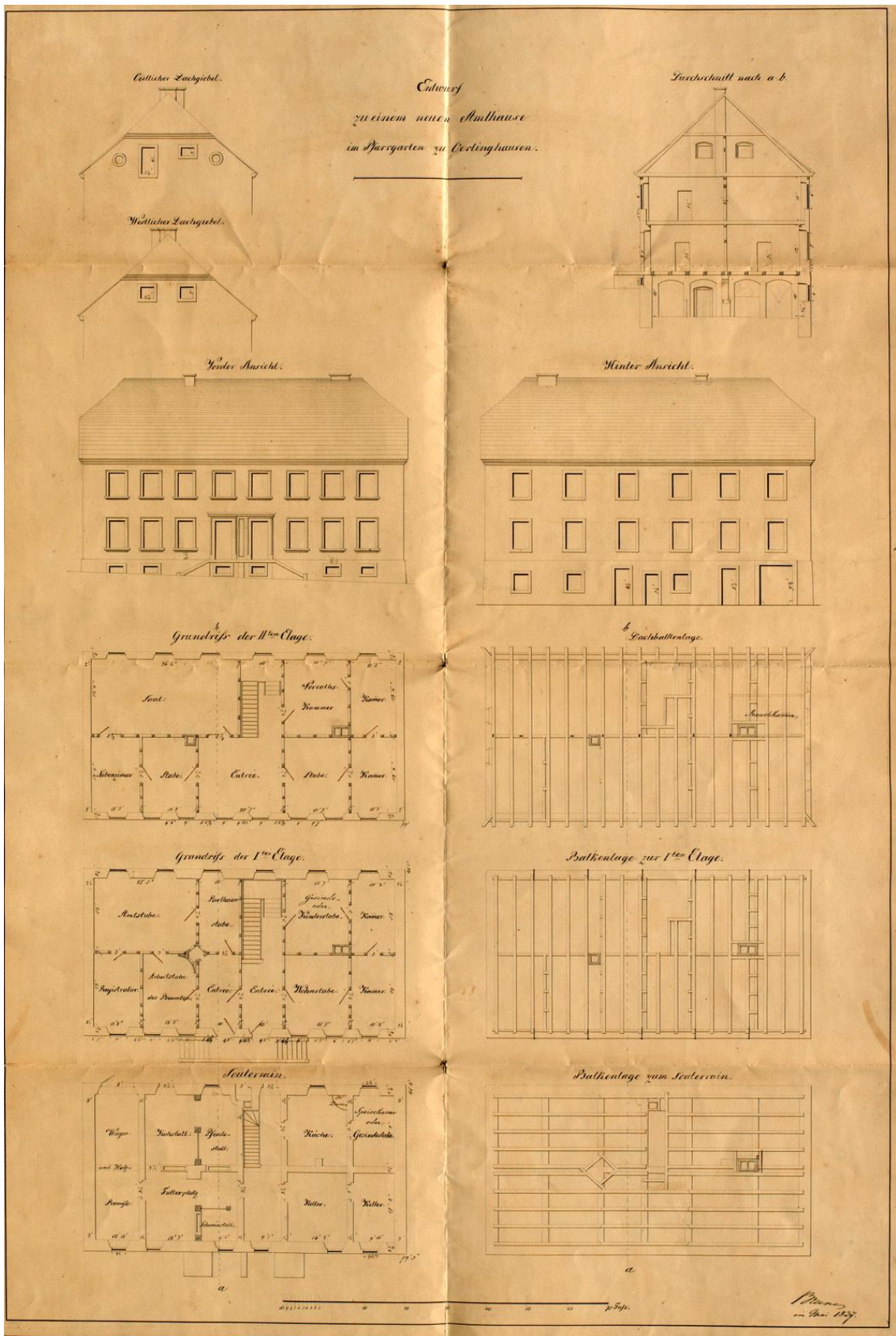


Abb. 3: Entwurf zu einem neuen Amthause im Pfarrgarten zu Oerlinghausen, Ferdinand Brune, 1837. Ansichten, Querschnitt, Grundrisse und Balkenlagen. (LAV NRW OWL, L 92 R, Nr. 1535)

Im Juli 1836 nahm Brunes Gehilfe Ferdinand Merckel die örtliche Situation in einem Lageplan auf, in dem die Position des alten Amthauses samt der Nachbarbebauung festgehalten ist. Am 6. Oktober 1836, zwei Monate später als verlangt, reichte Brune den Riss und den Kostenanschlag über 4.500 Reichstaler für den Bau-Etat des kommenden Jahres ein.

Der Neubau war gegenüber dem alten Amthaus im Pfarrgarten geplant.<sup>10</sup> Er grenzte im Osten an die Scheune des Gastwirts Nagel,<sup>11</sup> im Westen an den ehemaligen Kantor-Garten, jetzt Garten des Kolons Hölter. Brune projektierte einen verputzten Massivbau aus Bruchstein mit Sandsteingewänden für Fenster und Türen, mit Souterrain und zwei Geschossen. Das Gebäude positionierte er traufständig zur Straße, vorn, an der Südseite, acht und rückwärtig sechs Fensterachsen breit, mit Halbwalmdach, zweiläufiger Freitreppe und zwei nebeneinanderliegenden getrennten Eingängen in die Amtsstube und den privaten Wohnbereich des Amtmanns. Die Giebelseiten ließ er bis auf die Stirnmauern des Dachbodens ohne Fensteröffnungen. Die Innenwände sollten, wie damals auch bei Massivbauten üblich, aus Fachwerkwänden konstruiert werden.

Der Keller, in den Akten stets als Souterrain bezeichnet, mit leicht geböschtem Mauerwerk, sollte durch die Hanglage von der Rückseite her ebenerdig zu betreten sein und enthielt nicht nur die Küche mit Speisekammer und zwei Vorratskellern, sondern unter der linken Haushälfte auch Ställe für Kühe, Pferde und Schweine sowie eine Wagen- und Holzremise.

Im Erdgeschoss verband Brune die beiden Entrées durch eine Tür zwischen Privatbereich und Amtsbereich. Im Amtsbereich gelangte man vom Entrée sowohl in die Arbeitsstube des Beamten als auch in die „Partheienstube“, ein Warteraum, der Amtsstube vorgeschaltet. Der Amtmann konnte sie auch von seinem Arbeitsraum aus betreten. Von der Amtsstube war die Registratur zu erreichen. Der Wohnbereich nahm im Erdgeschoss die rechte Haushälfte ein, im Obergeschoss die gesamte Fläche. Unten fanden sich die Wohnstube und die Kinder- bzw. Gesindestube, hinter beiden je eine Kammer. Die Treppen in Keller- und Obergeschoss ordnete Brune am Ende des Entrées übereinander an. Das Entrée erhielt hier doppelte Breite und führte links in den Saal von 36 Fuß 6 Zoll mal 18 Fuß 6 Zoll und in eine Stube, beide auch durch ein Nebenzimmer verbunden. Rechts waren eine Stube und drei Kammern vorgesehen. Auf dem Dachboden war über den Küchenschornstein eine Rauchkammer zu bedienen. Bei einer Grundfläche von 75 Fuß mal 41 Fuß 1 Zoll (21,75 mal 11,91 Meter) bringt Brune insgesamt ein ökonomisch und funktional ausgeklügeltes Programm unter.

## **Die Stellungnahme der Rentkammer**

Vier Wochen später nahm Kammer-Assessor Stein dazu Stellung. Er bemängelte nur die „wegen Sicherung der Depositen“ fehlenden Fensterläden vor der Amtsstube, den fehlenden Posten der Möblierung der Amtsräume und die Tapezierung eines zweiten Zimmers, die gegen das Prinzip verstieß. Zu vollkommen erschien ihm „die Räumlichkeit des Amtslöcals und dessen völlige

---

<sup>10</sup> Heute: Hauptstraße 32.

<sup>11</sup> Heute: Hauptstraße 30a.

Trennung von dem übrigen Gebäude“.<sup>12</sup> Da jedoch fast alle Beamten „den Mangel einer Partheienstube, einer besonderen Geschäftsstube für den Beamten und einer besonderen Entrée“ beklagten und Brune diesen Räumen nur mäßigen Platz gegeben hatte, hielt er den Entwurf für genehmigungsfähig, insbesondere weil eine Verkleinerung des Grundrisses die Unterbringung aller Wirtschaftsfunktionen im Souterrain nicht mehr erlaubte, und ein separates Nebengebäude erhebliche Mehrkosten, auch in Hinsicht auf zukünftigen Bauunterhalt, verursacht hätte. Die Kosten berechnete Stein mit 4.358 Talern, verteilt auf zwei Jahre und reduziert um den Verkaufserlös des alten Amthauses, den er auf 1.200 Taler schätzte. Nach einer Ortsbesichtigung einen Monat später ergänzte Stein noch einen fehlenden Brunnen zu 25 Talern und hielt den Entwurf für genehmigungsfähig.

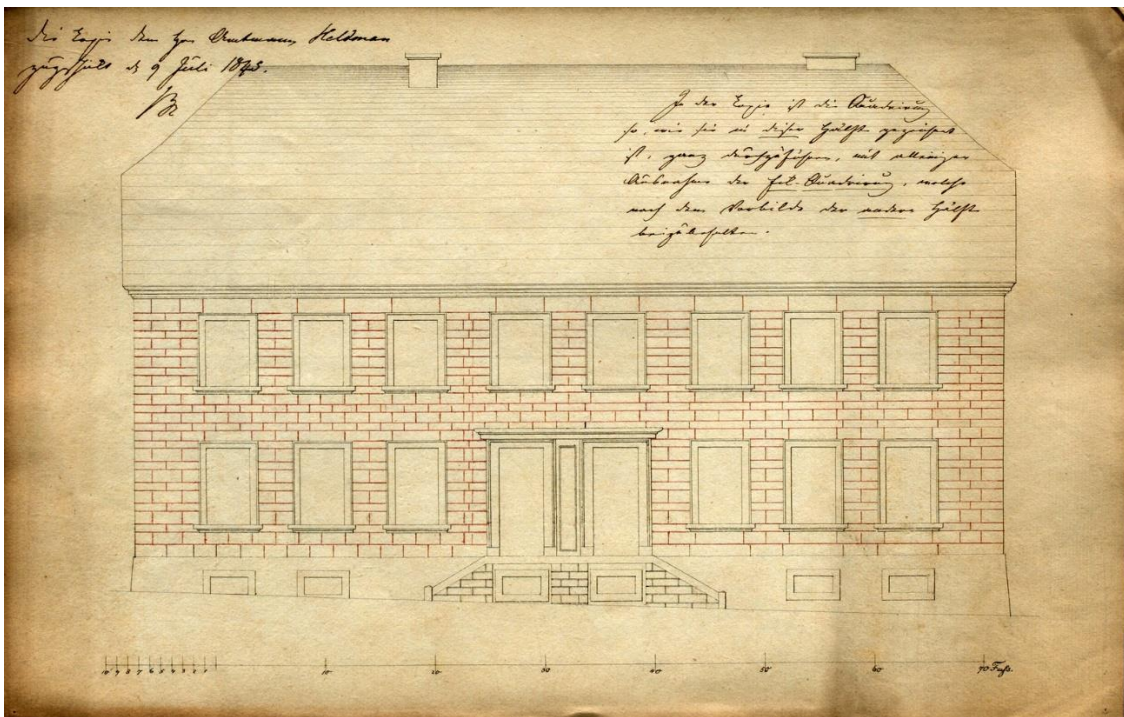


Abb. 4: Fassadenaufriss mit Ausführungsplanung der Putzquaderung [Ferdinand Brune, 1837].  
(LAV NRW OWL, L 92 R, Nr. 1535)

## Die Kritik des Amtmanns und ein Konkurrenzentwurf

Doch schon im Januar 1837 erreichte ihn Heldmans Vorwurf, die Wohnstuben seien zu klein und in der Tiefe zu dunkel. Heldman hatte „unter der Hand“ seinen Schwager, den Lemgoer Baukommissar Overbeck, um einen alternativen Entwurf gebeten. Stein reichte diesen und sein „Pro Memoria“, in dem er diverse Änderungsmöglichkeiten mit ihren Vor- und Nachteilen diskutiert, an Brune weiter.<sup>13</sup> Was Brune vor allem geärgert haben dürfte, war die Bemerkung Steins, dass Overbecks Entwurf der Kammer „ganz zweckmäßig“ erscheine, wenn nur die Remise darin nicht wegfiel, was ein zusätzliches Gebäude erforderlich machen würde. Auf Steins Anweisung, auf das Pro Memoria „und das Schreiben des A. Heldman vom 10. d. M.

<sup>12</sup> LAV NRW OWL, L 92 R, Nr. 1536 [12].

<sup>13</sup> LAV NRW OWL, L 92 R, Nr. 1536 [27].

nebst dem angebogenen Schreiben des BK. [Baukommissars] Overbeck mit dessen Zeichnung [...] sein wohlerwogenes Gutachten in 14 Tagen abzugeben“, antwortete Brune mit einem 47 Seiten langen Schreiben, in dem er seinen Entwurf gegen Steins Bedenken verteidigte. Dem Vorwurf, die Stube sei zu klein und in der Tiefe zu dunkel, begegnete er mit einer Tabelle ihm bekannter Wohnstuben anderer Beamter. Den Vorschlägen Steins bescheinigte er „Uebelstände [und] andere Nachtheile“, die sie „ohne die größten Verstöße gegen Bequemlichkeit und gegen innere und äußere Symmetrie unausführbar“ machten.<sup>14</sup> Dem Overbeck'schen Plan schließlich warf er – berechtigt – erhebliche technische Mängel vor, was Overbecks „Qualification als Baukünstler aufs Höchste kompromittirt“ habe.<sup>15</sup>

## Der Neubau

Der Streitpunkt der zu kleinen Wohnstuben wurde endlich durch eine Verlängerung des Grundrisses um 3 Fuß beigelegt, wofür die Mehrkosten mit 68 Talern berechnet wurden. Voraussetzung dafür war der Erwerb eines Streifens Land vom angrenzenden Gastwirt Nagel. Im Mai 1837 entwarf Brune den größeren Bau, nun 79 Fuß 3 Zoll mal 41 Fuß 4 Zoll (22,98 mal 11,99 Meter), in dem die Stube statt 13 Fuß 4 1/2 Zoll nun 15 Fuß 7 Zoll Breite erhielt. Am 2. Juni genehmigte Fürst Leopold diesen Amthaus-Neubau. Um den Bauetat nicht zu überschreiten, verlangte Stein, „die für unvorhergesehene Fälle ausgeworfenen 200 rthl“ aus dem Kostenschlag zu streichen.<sup>16</sup> Zu Michaelis (29. September) 1838 sollte der Neubau in Gebrauch genommen werden. Doch durch die verzögerte Genehmigung des Fürsten „war mithin die größtmögliche Eile vonnöthen, um bei einem so bedeutenden Bau und in einem Orte wie Oerlinghausen wo es an Concurrenz von Arbeitern und Lieferanten mangelt, alle jene Materialien auf den Grund sicherer Accorde für mäßige Preise so zeitig herbeizuschaffen, und Maurer und Zimmerleute in gleicher Weise dahin zu verpflichten, daß das Haus noch vor dem Winter unter Dach kam.“<sup>17</sup> Die Ausmauerung der inneren Fachwerkwände mit ungebrannten Lehmsteinen wurde durch Regenwetter vollständig zerstört und musste im folgenden Jahr durch eine Backsteinausmauerung ersetzt werden. Im Juni 1838 war das Amthaus bis auf kleinere Arbeiten wie die Tapezierung und Außenanlagen fertiggestellt. Ein Einzug zu Michaelis 1838 war damit theoretisch möglich, doch wegen der hohen Baufeuchte nicht anzuraten. Bis es soweit war und Heldman das Gebäude schließlich beziehen konnte, verging noch ein ganzes Jahr.<sup>18</sup> Die Baukosten wurden abschließend mit 4.820 Talern festgestellt.

Mit dem Oerlinghauser Amthaus hatte Ferdinand Brune im engen Rahmen der Möglichkeiten einer sparsamen Rentkammer ein baukünstlerisch anspruchsvolles und funktional durchdachtes Gebäude geschaffen. Demonstrativ wendet sich der Bau mit seiner breiten Traufseite zur Straße. Mauer- statt Fachwerk steht für Solidität und Dauerhaftigkeit. Die spätklassizistische, symmetrische Fassadengliederung mit aufgeputzter Quaderung und zentraler Freitreppe repräsentiert die fürstliche Regierung, die hier neben dem in Schieder eines der aufwändigsten

---

<sup>14</sup> LAV NRW OWL, L 92 R, Nr. 1536 [28].

<sup>15</sup> LAV NRW OWL, L 92 R, Nr. 1536 [28].

<sup>16</sup> LAV NRW OWL, L 92 R, Nr. 1536 [52].

<sup>17</sup> LAV NRW OWL, L 92 R, Nr. 1536 [98].

<sup>18</sup> LAV NRW OWL, L 92 R, Nr. 1537 [37].



lippischen Amthäuser errichten ließ.<sup>19</sup> Wie dieses ist es bis heute erhalten und genießt gesetzlichen Denkmalschutz.<sup>20</sup>

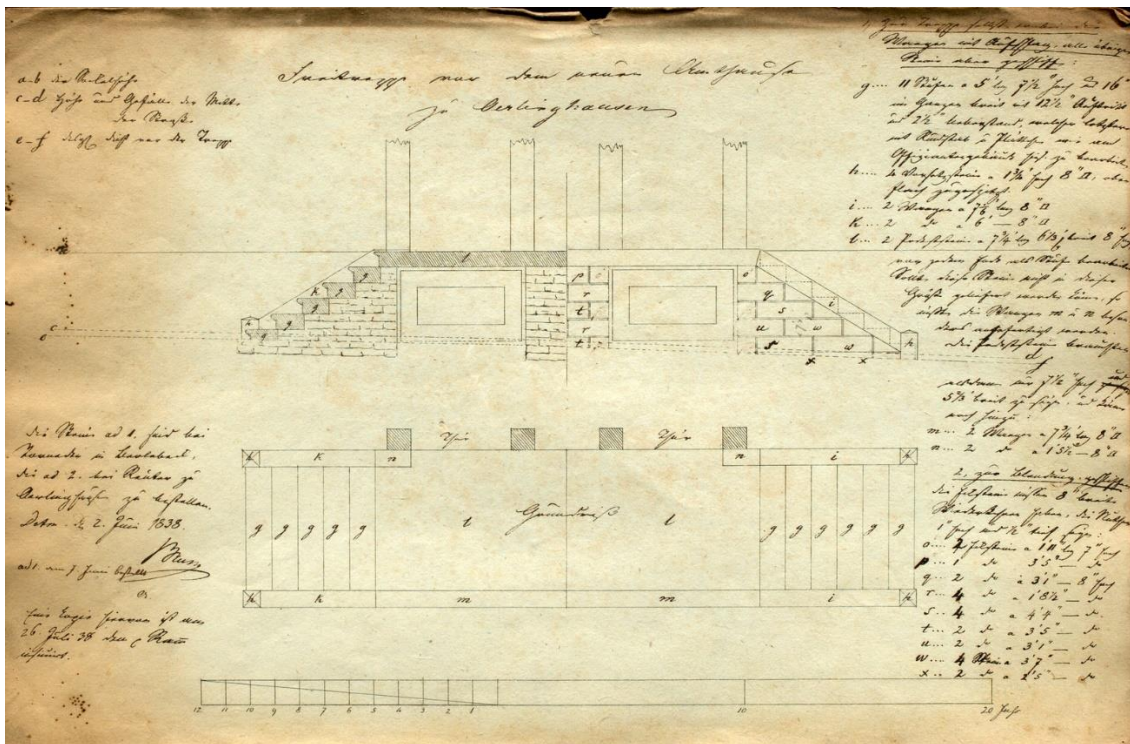


Abb. 5: Ansicht und Grundriss der Freitreppe vor dem Amthaus [Ferdinand Brune, 1837].  
(LAV NRW OWL, L 92 R, Nr. 1535)

<sup>19</sup> Planung seit 1839, 1841–1844 erbaut im früheren Küchengarten gegenüber der Hauptzufahrt zur Meierei Schieder an der Chaussee nach Pymont. Zweigeschossiger Massivbau, traufständig zur Straße, an Vor- und Rückseite mit dreiachsigem Mittlerisalit und flachem Walmdach, die Schmalseiten dreiachsig. Putzquaderung mit betonten Ecken, der mittige Eingang mit Stichbogen und von Lisenen flankiert, die Risalite mit flachem Dreiecksgiebel, darin ein Segmentbogenfenster. Siehe LAV NRW OWL, L 92 R, Nr. 1648 und 1649.

<sup>20</sup> Denkmalliste der Stadt Oerlinghausen, Nr. 25; Denkmalliste der Stadt Schieder-Schwalenberg, Nr. 42.

# Der Rathenau-Mord, die Studierenden der Detmolder Hochschule und das schwierige Bekenntnis zur Republik

von Carsten Doerfert

„Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts!“<sup>1</sup> Mit diesen berühmt gewordenen Worten wies Reichskanzler Wirth der politischen Rechten die Verantwortung für den Mord an Reichsminister Rathenau zu, der im Juni 1922 die Republik erschütterte. Walther Rathenau war ein herausragender Vertreter der Weimarer Demokratie, ein liberaler Industrieller und Politiker jüdischer Herkunft, der den Hass radikalisierten Gegner auf sich zog. Die Täter kamen aus einem studentischen Umfeld. Die Geschichte dieses Mordes und seiner Hintergründe ist vielfach geschildert worden<sup>2</sup>, allerdings noch nicht aus regionalgeschichtlicher Perspektive. Welche Bezüge zu der Tat, ihren Voraussetzungen und ihren Folgen, lassen sich im Land Lippe finden? Auch in Detmold gab es 1922 ein studentisches Milieu – welche Haltung nahm man dort ein?



Abb. 1: Auch in Lippe bestimmte der Mord an Walther Rathenau die Schlagzeilen. (LLZ vom 25. Juni 1922)

## Die Hochschule in Detmold 1922

Am 30. Mai 1922 wurde die Rektoratsübergabe in der Hochschule an der Langen Straße in Detmold gefeiert. Das Spitzenpersonal blieb unverändert: Zum dritten Mal wurde der Volkswirt Hans Helmhart Auer von Herrenkirchen zum Rektor gewählt. In den letzten Jahren hatte er die Lehranstalt in Detmold neu ausgerichtet. Eröffnet worden war sie 1918 als „Fürst Leopold-Akademie für Verwaltungswissenschaften“, mit einem Fokus auf die Qualifizierung

<sup>1</sup> JOSEPH WIRTH (Zentrum): Der Reichskanzler anlässlich der Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau. Im Reichstag (236. Sitzung), 25. Juni 1922. In: Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. I. Wahlperiode 1920. Bd. 356. Berlin 1922, 8054-8058.

<sup>2</sup> MARTIN SABROW, Der Rathenau-Mord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar, München 1994; HEINRICH A. WINKLER, Der lange Weg nach Westen, Band 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 2000, 426 f.

von Kriegsbeschädigten für Tätigkeiten in staatsnahen Berufen.<sup>3</sup> Unter Auer von Herrenkirchen war dieses Profil verändert worden. Der Schwerpunkt lag nun auf den Wirtschaftswissenschaften, als Abschluss konnte in Detmold der Grad des Diplom-Volkswirtes erworben werden. Die *Lippische Landes-Zeitung* berichtete am 31. Mai positiv von der Rektoratsfeier. Auf die Unterstützung dieses in Lippe führenden Presseorgans konnte sich die Hochschule immer verlassen. Aber die aus Stiftungsmitteln ohne Steuergelder finanzierte Einrichtung hatte in Lippe keinen gesicherten Stand. Sie hatte im Sommersemester 1922 zum wiederholten Male ihren Namen geändert und firmierte nun als „Hochschule für Staats- und Wirtschaftswissenschaften in Detmold. Fürst Leopold-Hochschule“. Im Sommer 1922 zählte sie 113 Studierende. Die *Landes-Zeitung* hob hervor, dass der Anteil der Abiturienten gestiegen war, aber Detmold zog in erster Linie Bildungsinteressierte ohne diesen Schulabschluss an. An der lippischen Hochschule konnten auch Schulabgänger mit Obersekundareife und praktischen Berufserfahrungen ein akademisches Diplom erwerben. Das war attraktiv für ehrgeizige Bildungsaufsteiger, denen das Gymnasium verwehrt geblieben war. Der typische Detmolder Student des Jahres 1922 kam aus einer Familie mit gewerblichem oder handwerklichem Hintergrund, hatte die Schule mit einem mittleren Abschluss verlassen und anschließend erste Berufserfahrungen in der kommunalen Verwaltung erworben. Schnell etabliert hatte sich in Detmold das studentische Verbindungswesen. Im Bericht über die Rektoratsfeier in der *Landes-Zeitung* kommen diese Korporationen gesondert vor:

„Zu beiden Seiten des Rednerpodiums hatten sich – hinter den Sitzen der Dozenten – die Chargierten der studentischen Verbindungen in vollem Wicks aufgestellt und boten mit den bunten Farben ihrer schmucken Gewandung einen besonders festlichen Anblick“.<sup>4</sup>

## Das studentische Verbindungswesen in Detmold

Das junge Verbindungswesen in Detmold hatte 1922 bereits erste Häutungen hinter sich. Die „Teutoburger Barden“ wurden im Juni 1919 gegründet. Prägend für diese Verbindung blieb ihre Ablehnung der Mensur. Ihr Vorsitzender Alwin Eich, selbst Kriegsbeschädigter, führte dies auf die Erfahrungen seiner Generation zurück: „Der eiserne Kommet hätte wahrlich zu uns kaum gepasst, die wir diesen schrecklichen Krieg hinter uns hatten und nun das Leben uns neu geschenkt war. Es waren nur wenige unter uns, die ohne merkliche Kriegsverletzungen waren, Bein- und Arm-Amputationen“<sup>5</sup>. Aber es zeigte sich bald, dass ein solch moderates Verständnis des Verbindungslebens nicht allen gefiel. 1920 forderten einige jüngere Mitglieder der „Barden“ die Einführung der Mensur und der Satisfaktion mit der Waffe. Als sie in einer Abstimmung unterlagen, traten sie aus und gründeten die pflichtschlagende „Wehrschaft Falkenburg“. Ähnlichen Gedanken sah sich die „Wehrschaft Niedersachsen“ verpflichtet, die das Bekenntnis zum

---

<sup>3</sup> CARSTEN DOERFERT, Die Fürst Leopold-Akademie für Verwaltungswissenschaften. Versuch und Scheitern einer Hochschule in Detmold (1916-1924), Bielefeld 2016, 42-51.

<sup>4</sup> Rektoratsübergabe in der Hochschule, LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG (LLZ) vom 31. Mai 1922.

<sup>5</sup> Eichs Erinnerungen stehen auf der Homepage der Hannoveraner „Ostfranken“, die in der Verbindungstradition der „Teutoburg“ stehen, <https://www.ostfranken.de/page/die-alte-teutoburg-detmold-1919-25> (Zugriff am 26. Oktober 2021).

„deutschvölkischen und großdeutschen Gedanken“ zu ihren Prinzipien zählte.<sup>6</sup> Das kleine katholische Milieu an der Detmolder Hochschule fand in der nichtschlagenden „Katholischen Deutschen Studentenverbindung Grotenburg“ eine Heimat.<sup>7</sup> Die Existenz der freischlagenden Verbindung „Düsseldorpia“ in Detmold war dem Umstand zu verdanken, dass die Leopold-Hochschule eine Kooperation mit dem Hotelbesitzer-Verein in Düsseldorf unterhielt; Mitglieder der „Düsseldorpia“ waren vor allem die Rheinländer aus der Hotelbranche. Des Weiteren gab es in Detmold einen Ableger des „Deutschen Hochschulringes“, einer verbindungsübergreifenden Sammlungsbewegung mit völkisch-nationalistischer Ausrichtung.

Hochschulrektor Auer schätzte, dass 90 Prozent seiner Studenten in Verbindungen organisiert waren.<sup>8</sup> Das wäre noch mehr als der Anteil Korporierter an traditionellen Universitäten, der für Anfang der 1920er Jahre bei zwei Drittel angesetzt wird.<sup>9</sup> Ein überdurchschnittlicher Organisationsgrad in Detmold ließe sich erklären: Die dortige Hochschule kämpfte um ihre Anerkennung als „richtige“ Hochschule, ebenso wie die dortigen Studenten um ihre Anerkennung als „richtige“ Studenten. Erfolgreich hatte man sich um eine Aufnahme in die Deutsche Studentenschaft und die Staats- und wirtschaftswissenschaftliche Fachgruppe bemüht. Die Selbstorganisation in Korporationen und der Anschluss an reichsweit agierende studentische Dachverbände versprach weitere Akzeptanz.<sup>10</sup>

Abb. 2: Öffentliche Proteste gab es auch in Detmold.  
(Volksblatt vom 27. Juni 1922)

<sup>6</sup> Akte Wehrschaft Niedersachsen, LANDESARCHIV NRW ABTEILUNG OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), L 106 C Nr. 69.

<sup>7</sup> Akte KDStV Grotenburg, LAV NRW OWL, L 106 C Nr. 199.

<sup>8</sup> DOERFERT 2016, 173.

<sup>9</sup> MICHAEL H. KATER, Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933, Hamburg 1975, 24.

<sup>10</sup> Die Detmolder Teutoburg schloss sich den Reformburschenschaften des „Verbandes Deutscher Burschen“ (VDB) an, die beiden Wehrschaften Falkenburg und Niedersachsen dem „Teutoburger Vertretertag“ (TVT) und die Grotenburg dem „Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen“ (CV).

## Proteste im Namen der Republik

Als die Zeitungen am 25. Juni 1922 mit der Schlagzeile von der Ermordung des Reichsministers Rathenau aufmachten, da folgten die Reaktionen schnell. Reichspräsident Ebert erließ am 26. Juni 1922 Verordnungen zum Schutz der Republik und über das Verbot bestimmter Versammlungen. Allzu oft waren Veranstaltungen mit „nationaler“ Zielrichtung genutzt worden, um gegen die Weimarer Demokratie zu agitieren. Auch in Lippe wurden nun Kundgebungen gegen den Versailler Vertrag verboten, ebenso Regimentsfeiern und Kriegervereinstage.<sup>11</sup> Ganz wehrlos war die Republik nicht und sie zeigte Präsenz auch in der Öffentlichkeit.

Nach den Erinnerungen von Heinrich Drake herrschte in Detmold nach dem Rathenau-Mord zwar politische Hochspannung, aber alle Kundgebungen vollzogen sich in ruhigen Formen.<sup>12</sup> Allerdings berichtete das sozialdemokratische *Volksblatt* von Randalen vor seinem Redaktionshaus und von abgerissenen pro-republikanischen Plakaten.<sup>13</sup> Nach der Versammlung auf dem Marktplatz am 27. Juni 1922, mit Drake als Hauptredner, lud das republikanische Lager für den 1. Juli 1922 zu einer weiteren Kundgebung.



Abb. 3: Aufruf zur Versammlung im „Neuen Krug“.  
(*Volksblatt* vom 30. Juni 1922)

Die Abscheu über die Mordtat dominierte in der öffentlichen Meinung, aber die Feinde der Republik, das waren nicht nur die radikalen Täter. Es ging um die Unterströmungen des rechten Denkens, um die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und ihrer Vertreter als „undeutsch“ und um die Definition der Nation anhand von gefühlsgeprägten und romantisierenden Kategorien wie Blut und Abstammung. Dagegen hatten es die Vertreter eines vernunftgesteuerten Konzepts vom Volk als der Summe der Staatsangehörigen schwer. Oberstaats-

<sup>11</sup> Maßnahmen in Lippe, VOLKSBLATT vom 28. Juni 1922.

<sup>12</sup> HEINRICH DRAKE, Die lippische Verwaltung in der Nachkriegszeit, Detmold 1932, 37.

<sup>13</sup> VOLKSBLATT vom 29. Juni bzw. 1. Juli 1922.

anwalt Dr. Traugott Tornau verurteilte im überfüllten Saal des „Neuen Kruges“ die nationalistische Hetze, die den Boden für den Rathenau-Mord geschaffen habe.<sup>14</sup> Tornau war 1920 als Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei nach Lippe gekommen, im Sommersemester 1922 war er außerdem Lehrbeauftragter an der Fürst Leopold-Hochschule. Dort lehrte auch der Sozialdemokrat und Volkswirt Erik Nölting als Professor, der zu einem Propagandafeldzug für die Republik aufrief, um sie endlich mit demokratischem Geist zu erfüllen.<sup>15</sup>



Abb. 4: Nöltings Rede wurde abgedruckt im Volksblatt vom 7. Juli 1922.

Auch zwei Studenten der Hochschule kamen im „Neuen Krug“ zu Wort, für die Demokraten sprach Hellmuth Berghändler und für die Sozialisten Walter Hagemeyer.<sup>16</sup> Die Teilnehmer konnten zwar in einem gemeinsamen „Hoch auf die Republik“ zusammenkommen, aber eine einheitliche Front bildeten sie nicht, auch wenn das *Volksblatt* eben diese beschwor.<sup>17</sup> Mit Befremden referierte die liberale *Lippische Landes-Zeitung* in ihrer Berichterstattung über die Versammlung radikale Forderungen wie die Aufhebung der Unabsetzbarkeit der Richter.<sup>18</sup> In derartigen Fragen gab es Meinungsverschiedenheiten, auch innerhalb der Reihen der Republikunterstützer. Uneinigkeit schwächte die republiktreuen Kräfte und trug dazu bei, dass ihre Aktionen insgesamt einen defensiven Eindruck hinterließen und im Schatten der Auftritte rechter Gruppen standen.<sup>19</sup> Aber immerhin waren Dozenten und Studenten der Fürst-Leopold Hochschule für das republikanische Lager eingetreten. Konnten Sie beanspruchen für die Mehrheit der Hochschulangehörigen zu sprechen oder waren sie dort eine Minderheit?

<sup>14</sup> Kundgebung für die Republik, LLZ vom 2. Juli 1922. Der als Hauptredner angekündigte Pfarrer und DDP-Reichstagsabgeordnete Korell hatte wegen Krankheit kurzfristig abgesagt.

<sup>15</sup> Zu Erik Nölting s. auch JÜRGEN HARTMANN, Auf verlorenem Posten. Der Detmolder Centralverein und der jüdische Abwehrkampf gegen den Antisemitismus 1918 bis 1933, in: ROSENLAND. ZEITSCHRIFT FÜR LIPPISCHE GESCHICHTE 22/2019, 2-47 (hier: 39).

<sup>16</sup> Die wenigsten Detmolder Studenten waren „Einheimische“. Berghändler stammte aus der Nähe von Dresden, bei Hagemeyer nennt die Hochschule als Herkunftsort Sulingen. Sie legten 1923 bzw. 1921 ihr Examen zum Diplom-Volkswirt ab, LAV NRW OWL, L 80.04 Nr. 1139.

<sup>17</sup> Einheitsfront bei den Detmolder Republikanern, VOLKSBLATT vom 4. Juli 1922.

<sup>18</sup> Kundgebung für die Republik, LLZ vom 2. Juli 1922.

<sup>19</sup> ANDREAS RUPPERT, Heinrich Drake in der lippischen Politik, in: H. NIEBUHR/A. RUPPERT (Bearb.), Krieg – Revolution – Republik. Detmold 1914-1933, Bielefeld 2007, 459-485 (479). Zu den politischen Akteuren im rechten Spektrum auch HARTMANN 2019.

## Studierende zwischen „völkischem“ und „staatsbürgerlichem“ Denken

Der studentische Zeitgeist wehte betont national, das hatte sich auch in Detmold schon vor 1922 gezeigt. 1919 versuchten Studierende, die Entfernung des Ministers Erzberger, den sie für den als schmachvoll empfundenen Waffenstillstand und Friedensvertrag verantwortlich machten, aus dem Ehrenausschuss der Akademie zu erreichen. Im selben Jahr musste ein Professor seinen Hut nehmen, weil seine Studenten ihn wegen vermeintlicher Unterstützung separatistischer Bestrebungen im Rheinland boykottierten.<sup>20</sup> Es waren die schwierigen Jahre der jungen Republik und alles war in hohem Maße politisiert. Der Mord an Reichsminister Rathenau 1922 rüttelte nun in besonderem Maße auf, Parteien und Gewerkschaften mobilisierten in Großdemonstrationen Hunderttausende.

In Detmold ersuchten republikanische Studenten den Rektor um die Erlaubnis für eine Versammlung am 26. Juni in der Hochschule, um über Maßnahmen zum Schutz der Republik beraten zu können. Der Rektor gab seine Zustimmung, setzte aber gleichzeitig eine um zwei Stunden früher gelegte Versammlung an, in der die beabsichtigte Verlesung der Notverordnung des Reichspräsidenten schon vorweggenommen wurde. Während der Versammlung ermahnte Auer alle Studierenden, den Frieden in der Hochschule zu bewahren. Zu der anschließenden Versammlung der republikanisch gesinnten Studenten erschienen auch die Deutsch-Völkischen und erklärten, zwar auf dem Boden der Verfassung zu stehen, die bestehende Staatsform aber abzulehnen. Als sich die republikanischen Studenten weigerten, auf dieser Basis mit ihnen zu verhandeln, löste der Rektor die Versammlung auf. In der Presse kursierten Darstellungen und Gegendarstellungen zu der Frage, was der Rektor als Grund für die Auflösung der Versammlung angegeben hatte. Im sozialdemokratischen *Volksblatt* war behauptet worden, er habe als Grund den parteipolitischen Charakter der Versammlung angegeben.<sup>21</sup> Das wäre problematisch gewesen, denn der Schutz der Republik durfte nicht auf das Sonderanliegen einzelner Parteien reduziert werden. Rektor Auer bestritt denn auch diese Darstellung und argumentierte, er habe Studierende nicht von der Versammlung ausschließen können, die nach eigenen Angaben auf dem Boden der Verfassung stünden.<sup>22</sup> Das *Volksblatt* ging nicht so weit, dem Rektor offene Parteinarbeit für die Völkischen zu unterstellen, sondern beschränkte sich auf vorsichtige Fragen:

„Will Herr v. Auer damit die deutsch-völkische Verhetzungstätigkeit in seinen Schutz nehmen? Machen sich auf diese Art vielleicht schon die Anzeichen einer Mauserung bemerkbar“?<sup>23</sup>

---

<sup>20</sup> CARSTEN DOERFERT, Die Fürst Leopold-Akademie 1918/19. Eine neue Bildungseinrichtung in Zeiten des Umbruchs, in: JULIA SCHAFMEISTER/BÄRBEL SUNDERBRINK/MICHAEL ZELLE, Revolution in Lippe. 1918 und der Aufbruch in die Demokratie, Bielefeld 2018, 167-182 (176 f.)

<sup>21</sup> Eine republikanische Studenten-Versammlung vom Rektor aufgelöst, VOLKSBLATT vom 27. Juni 1922.

<sup>22</sup> Eine republikanische Studentenversammlung, LLZ vom 28. Juni 1922. Das *Volksblatt* blieb unter Berufung auf zwei Augenzeugen dabei, dass Rektor Auer als Grund für die Auflösung der republikanischen Versammlung deren Charakter als „parteipolitische Versammlung“ genannt habe, VOLKSBLATT vom 30. Juni 1922.

<sup>23</sup> Wie Anm. 20.

Das Dilemma der Hochschulleitung war damit angesprochen. Rektor Auer und sein Senat lavierten zwischen dem gebotenen Bekenntnis zur Republik (die Hochschule stand unter Staatsaufsicht) und der Rücksichtnahme auf die politische Einstellung eines Großteils ihrer Studenten.

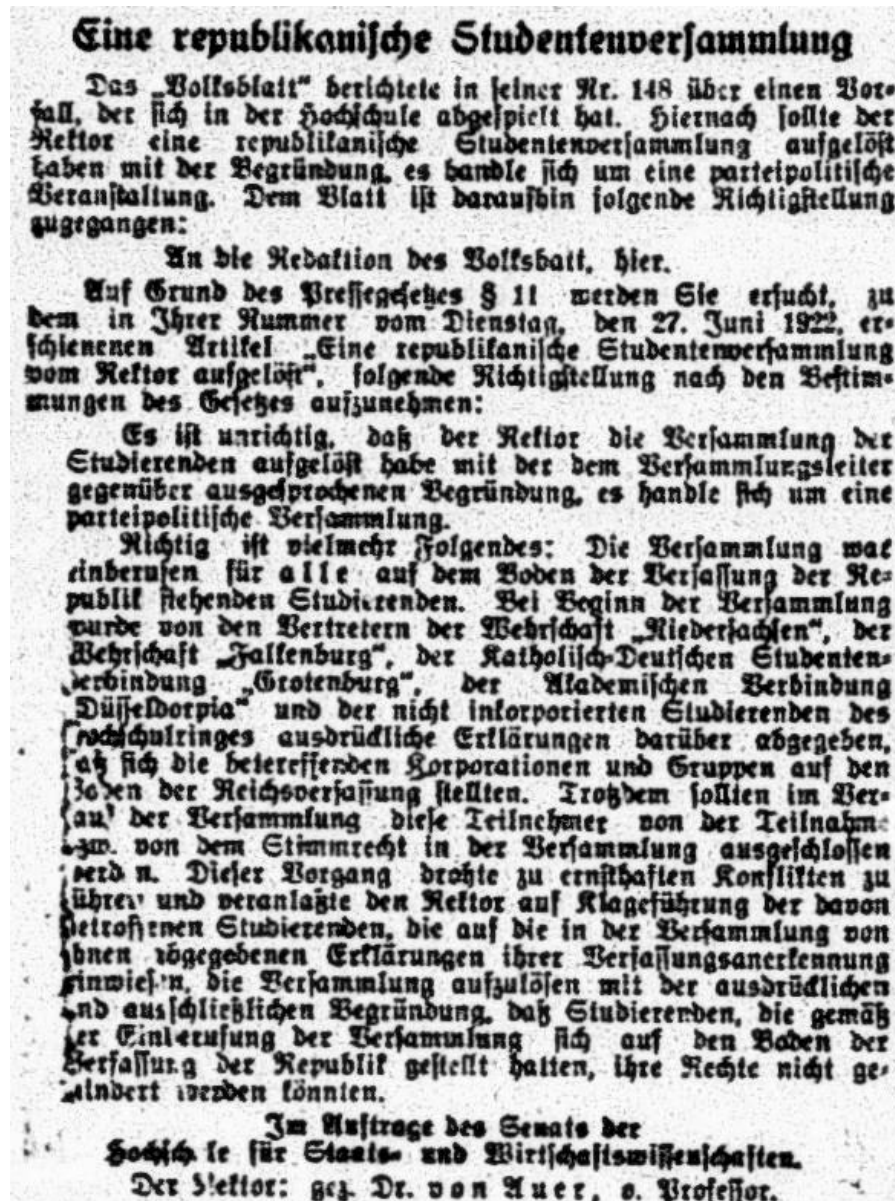


Abb. 5: Die Hochschule im Kampf um die Deutungshoheit.  
(LLZ vom 28. Juni 1922)

Im Detmolder Studentenausschuss des Jahres 1922 dominierte der örtliche Ableger des Deutschen Hochschulrings, in dem sich Vertreter der Wehrschaften „Falkenburg“ und „Niedersachsen“, der katholischen „Grotenburg“ und der „Düsseldorpia“ mit einigen Nicht-Inkorporierten zusammenfanden. Der Deutsche Hochschulring war 1920 auf dem Studententag in Göttingen als völkische Sammlungsbewegung gegründet worden. Schon im Sommer 1921 beherrschte er die Studentenausschüsse an den meisten Hochschulen.<sup>24</sup> In Detmold bildeten die beiden Wehrschaften seinen harten Kern. Auf den deutschen Studententagen zeigte sich, dass

<sup>24</sup> UWE ROHWEDDER, Deutscher Hochschulring (DHR), in: Historisches Lexikon Bayerns, [www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutscher\\_Hochschulring\\_\(DHR\)](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutscher_Hochschulring_(DHR)) (26. Oktober 2021).



völkische Positionen an Zulauf gewannen. Hauptthema war die Frage, ob eine „deutsche Abstammung“ Voraussetzung für eine Mitgliedschaft in der verfassten Studentenschaft war. Dieser Streit um Identität und Zugehörigkeit beschäftigte und spaltete die Studentenschaft über Jahre.<sup>25</sup>

Die Zugehörigkeit der katholischen „Grotenburg“ zum rechtsgewirkten Hochschulring fällt auf, galt doch die katholische Zentrumsparterie, der auch Reichskanzler Wirth angehörte, als Trägerin republikanischer Werte. Doch den katholischen Studentenverbänden der frühen 1920er Jahre war völkisches Denken nicht fremd; in Detmold verlangte die Satzung der „Grotenburg“ 1922 eine „deutsche Abstammung“ von ihren Mitgliedern. Das Fremdeln mit dem aggressiven Gebaren der Wehrschaften nahm aber zu. Im Juni 1923 erkannte die „Grotenburg“, dass sie gegen die Dominanz des „Waffenringes“ – ein Zusammenschluss der schlagenden Verbindungen – im Detmolder Hochschulring nichts ausrichten konnte und trat aus dem Dachverband aus.<sup>26</sup>

In scharfer Abgrenzung zu den Mitgliedern des Hochschulringes stand die neue Verbindung, die sich unmittelbar nach dem Rathenau-Mord in Detmold gründete. Der Sozialistische Hochschulbund hielt seine erste Mitgliederversammlung am 27. Juni 1922 ab, also einen Tag, nachdem die vom Rektor aufgelöste Versammlung die Zerrissenheit der Studentenschaft offenkundig gemacht hatte. Die Anerkennung als studentische Korporation durch den Senat folgte Anfang August.<sup>27</sup> Einen verlässlichen Fürsprecher fand die Gruppe in Erik Nölting, dem einzigen Sozialdemokraten in der ansonsten liberal oder konservativ eingestellten Professorenschaft. Die Sozialistische Hochschulgruppe stand nach ihrer Satzung allen offen, „soweit sie die Einheit des sozialistischen Gedankens anerkennen und sich verpflichten, ihre Handlungen nach diesem Grundsatz einzustellen“; Vorstandsmitglieder konnten aber nur eingeschriebene Mitglieder sozialistischer Parteien sein.<sup>28</sup>

Es ist nicht genau rekonstruierbar, welche Stärke die einzelnen studentischen Gruppen in Detmold hatten. Anhaltspunkte für das Kräfteverhältnis zwischen den völkischen und den republiktreuen Studierenden gibt eine Ende Juni 1922 an die Landesregierung gerichtete Resolution. 35 Studierende erklärten, sich unter Einsatz aller Kräfte zum Schutz der bestehenden Staatsform zur Verfügung zu stellen.<sup>29</sup> Bei einer Gesamtstudentenschaft im Sommersemester 1922 von nur 113 Studierenden und angesichts etlicher „Unpolitischer“ wäre das gar keine schlechte Quote.

---

<sup>25</sup> JÜRGEN SCHWARZE, *Studenten in der Weimarer Republik*, Berlin 1971, 232-276.

<sup>26</sup> Akte KDStV Grotenburg, LAV NRW OWL, L 106 C Nr. 199. Zur allmählichen Distanzierung der katholischen Studentenverbände vom DHR s. HANS PETER BLEUEL/ERNST KLINNERT, *Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich*, Gütersloh 1967, 185.

<sup>27</sup> Akte Sozialistischer Hochschulbund, LAV NRW OWL, L 106 C Nr. 234.

<sup>28</sup> Wie Anm. 26. „Sozialistische Parteien“ meinte im Juni 1922 die beiden während des Krieges getrennten Organisationen der SPD und der USPD. Der Mord an Rathenau trug wesentlich zu einer Wiederannäherung und der im September 1922 vollzogenen Vereinigung von SPD und USPD bei, WINKLER 2000, 431.

<sup>29</sup> Republikanische und sozialistische Studenten, VOLKSBLATT vom 28. Juni 1922.

## Protagonisten der Detmolder Studentenpolitik

Die Studenten der 1920er Jahre, das waren die Jungakademiker der 1930er Jahre und es war die Aufbaugeneration nach 1945. Das Profil der Detmolder Hochschule – zunächst verwaltungswissenschaftlich, später wirtschaftswissenschaftlich – lässt erwarten, dass eine Reihe von Absolventen in staatsnahen oder öffentlichkeitswirksamen Berufen unterkam. In der Tat sind es gerade etliche „Aktivisten“ der Detmolder Hochschulpolitik, die Spuren hinterlassen haben.

Der Chronist der frühen Detmolder Semester und seiner „Teutoburger Barden“, Alwin Eich, trat allerdings nicht politisch in Erscheinung. Er stand für die leidgeprüften Kriegsteilnehmer des ersten Detmolder Jahrgangs, die eine Bereitschaft zur konstruktiven Mitarbeit in der jungen Republik zeigten. Mit seinem Detmolder Diplom ging er 1921 zurück in das Saarland und arbeitete als Referent an der dortigen Handelskammer.<sup>30</sup>

Im Jahre 1922 Senior der katholischen „Grotenburg“ und 1923 Vorsitzender des Studentenausschusses war Werner Holle. Er gehörte zu den wenigen Studenten, die an der Detmolder Hochschule zum Dr. rer. pol. promoviert wurden. 1943/45 amtierte Holle als Bürgermeister in seiner Heimatstadt Minden, 1949 wurde er Stadtdirektor in Höxter. In beiden Städten ist sein Verhalten in der NS-Zeit und danach Gegenstand zeitgeschichtlicher Debatten.<sup>31</sup>

Zwei Exponenten der völkischen Detmolder Wehrschaften waren Friedrich Brüning und Hermann Freytag. Brüning von den „Niedersachsen“ vertrat bei reichsweiten Studentenversammlungen in Honnef und Hannover im Mai/Juni 1922 die Detmolder Hochschule. Nach seinem Diplom machte er Karriere zunächst in der Kommunalpolitik als Bürgermeister seiner Heimatstadt Kamen und ging dann in die Industrie. Seine studentischen Aktivitäten im republikfeindlichen Spektrum waren kein Hinderungsgrund für seinen Aufstieg zum bundesdeutschen Wirtschaftsführer.<sup>32</sup> Einen ähnlichen Aufstieg, aber anders als Brüning auch einen tiefen Fall, erlebte Hermann Freytag. Wie Brüning suchte er nach der Niederlage und der Revolution Zuflucht in der national-völkischen Gedankenwelt. 1919 wurde Freytag Freikorpsmann und kam 1921 nach Detmold, wo er Vorsitzender des „Waffenrings“ als des Dachverbandes der schlagenden Verbindungen war. Ab 1930 stieg er in der NSDAP auf, war von 1937 bis 1945 Bürgermeister in Duisburg und wurde nach dem Krieg wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Für die Duisburger gehört Hermann Freytag „wegen seiner inhumanen nationalsozialistischen Haltung ins Schwarzbuch der Geschichte.“<sup>33</sup>

---

<sup>30</sup> Nach Auskunft des Stadtarchivs Völklingen vom 21. September 2021 ist Alwin Eich am 30. Juli 1981 in Saarbrücken verstorben.

<sup>31</sup> HANS NORDSIEK, Die verdunkelte Stadt. Minden in der Endphase des Zweiten Weltkriegs 1944-1945, 2. Aufl., Minden 2005, 218 f., 251 f.; ERNST WÜRZBURGER, Höxter: Verdrängte Geschichte. Zur Geschichte des Nationalsozialismus einer ostwestfälischen Kreisstadt, Holzminden 2014, 271 f.

<sup>32</sup> Eintrag zu Friedrich Brüning in: Wer ist Wer? (Band 17), Frankfurt 1973. Kritischer sieht ihn die Lokalgeschichtsschreibung, wo festgehalten ist, wie Brüning schon als Bürgermeister in Kamen einen Ruf als „alter Kämpfer für die Idee des nationalen Sozialismus“ hatte, UWE RENNSPIEß, Von der Weltwirtschaftskrise zur Gleichschaltung. Stadtgeschichte und Kommunalpolitik Kamens 1929-1933, Essen 1992, 406.

<sup>33</sup> Peter Klucken, Duisburg: Oberbürgermeister, RHEINISCHE POST vom 21. September 2017.

Der erste Vorstand der unmittelbar nach dem Rathenau-Mord in Detmold gegründeten Sozialistischen Hochschulgruppe bestand aus Wilhelm Korpeter, Heinrich Bergner und Henrika Prahl.<sup>34</sup> Korpeter arbeitete später als Journalist, er litt zunächst unter den Nationalsozialisten und dann unter den Kommunisten in der Sowjetischen Zone und vertrat die SPD im ersten Niedersächsischen Landtag.<sup>35</sup> Bei dem ehemaligen Detmolder Studenten Bergner handelt es sich vermutlich um jenen Heinrich Bergner, der nach dem Krieg in Wiesbaden als Leiter des Büros der Ministerpräsidenten eine Rolle beim Aufbau des westdeutschen Staates spielte.<sup>36</sup> Erwähnung verdient auch Henrika Prahl. Sie vertrat in einer identitätspolitischen Debatte am 15. November 1922 dezidiert den Standpunkt, dass es auf die Zugehörigkeit zum deutschen Kulturbekenntnis ankomme und nicht auf die Abstammung.<sup>37</sup> Henrika Prahl erwarb an der Detmolder Hochschule keinen Abschluss. Ein Thema für die Diplomarbeit bei ihrem Mentor Nölting war bereits gefunden, aber sie verließ die Hochschule 1923 und trat später nicht mehr erkennbar in Erscheinung.<sup>38</sup>

Die Genannten standen auf verschiedenen Seiten, als in Lippe um ein Bekenntnis zur Republik gerungen wurde. Nicht auf alle ehemaligen Studenten muss man in Detmold stolz sein. Erinnerungswürdig bleibt aber, dass die Fürst Leopold-Hochschule eine ganze Reihe zeittypischer deutscher Lebensläufe beeinflusste.

---

<sup>34</sup> Akte Sozialistischer Studentenbund, LAV NRW OWL, L 106 C Nr. 234.

<sup>35</sup> BARBARA SIMON (Bearb.), Abgeordnete in Niedersachsen. Biographisches Handbuch, Hannover 1996, 211.

<sup>36</sup> WALTER MÜHLHAUSEN, --die Länder zu Pfeilern machen--: Hessens Weg in die Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, Wiesbaden 1989, 251.

<sup>37</sup> Protokolle der Studierenden-Versammlungen, LAV NRW OWL, L 106 C Nr. 1408.

<sup>38</sup> Nach Auskunft des Stadtarchivs Dresden vom 30. Mai 2016 ist Henrika (Henrica) Prahl am 9. Januar 1991 in Overath verstorben.

# Gebrochene Jugend, gebrochenes Leben. Der Leidensweg des Holocaust-Überlebenden Günter Wallhausen aus Schötmar

von Jürgen Hartmann

## Einleitung

Am 13. Dezember 1941 verließ der erste Transport mit jüdischen Deutschen aus Westfalen und Lippe den Bielefelder Hauptbahnhof. Bestimmungsziel war das Ghetto Riga. Unter den mehr als 1.000 Menschen, die nach Osten verschleppt wurden, war auch der junge Günter Wallhausen aus Schötmar. Als einer der wenigen insgesamt und als einziger von 25 lippischen Frauen, Männern und Kindern dieses Transports überlebte er die Zeit im Ghetto und in zahlreichen Lagern. Wallhausen kehrte nach seiner Befreiung nicht mehr nach Deutschland zurück. Nach einigen Jahren in Schweden, wo er Hendla Szpajer heiratete, eine überlebende Frau aus dem Ghetto Litzmannstadt (Lodz), emigrierte das Paar mit der frisch geborenen Tochter nach Australien. Tochter und Sohn erfuhren nur sehr wenig vom Leben und Leiden ihrer Eltern in den Jahren bis 1945. Günter und Hendla Wallhausen sprachen bis zu ihrem Tod nicht oder nur äußerst wenig darüber. Sie gehörten damit zu der Gruppe der Überlebenden, die ihren Kindern gegenüber geschwiegen und ihre schrecklichen Erinnerungen eingekapselt haben, ob aus Scham oder um die Kinder nicht zu belasten oder weil sie einfach nicht darüber reden konnten. Im Innern blieben die verdrängten Erinnerungen dennoch präsent und haben durchaus – wie die Forschung heute weiß – auch die nachfolgende Generation beeinflusst.<sup>1</sup>



*Abb. 1: Hendla und Günter Wallhausen, ca. 1947.  
(Betty Sassoon)*

---

<sup>1</sup> Zum Thema s. ANDREA VON TREUFELD, Erben des Holocaust. Leben zwischen Schweigen und Erinnerung, Gütersloh 2017.

Betty, so der Name des älteren Kindes von Günter und Hendla Wallhausen, interessiert sich seit vielen Jahren für die Herkunft und die Geschichte ihrer Eltern. Sie überließ dem Verfasser dankenswerter Weise einige wenige vorhandene Fotos und eine kurze „Verfolgungsschilderung“, die ihr Vater vermutlich in den 1950er Jahren für Wiedergutmachungsangelegenheiten verfasste.<sup>2</sup> Zusammen mit dem noch vorhandenen Material aus verschiedenen Archiven lässt sich ein eindringliches Bild des Lebens von Günter Wallhausen zeichnen.

## Leben in Schötmar

Um 1920 eröffnete der Schlachter Moritz Wallhausen eine kleine Metzgerei im Wohnhaus in der Schülerstraße 20.<sup>3</sup> Er war am 14. Januar 1881 als Sohn des Schlachtermeisters und Kaufmanns Moses Wallhausen und dessen Ehefrau Johanna in Lüthorst bei Einbeck geboren worden.<sup>4</sup> Moritz Wallhausen hatte im Ersten Weltkrieg an der Westfront gekämpft und am 29. Dezember 1919 in Schötmar die vier Jahre ältere Bertha Silberbach<sup>5</sup> geheiratet. Die Familie Silberbach lebte bereits seit mehreren Generationen am Ort. Am 16. Dezember 1920 kam dort der einzige Sohn Günter auf die Welt. Über das Leben der dreiköpfigen Familie ist aus den Akten und Zeitungen jener Zeit nur wenig zu erfahren. Einige Male, vornehmlich zu Pessach, inserierte Moritz Wallhausen im *Israelitischen Familienblatt*, was darauf hinweist, dass er seine Produkte in ganz Deutschland vertrieb.<sup>6</sup> Nennenswerte Gewinne scheint der Betrieb über die Jahre seines Bestehens bis zur zwangsweisen Auflösung Ende 1938 allerdings zu keiner Zeit abgeworfen zu haben.



Abb. 2: Inserate Moritz Wallhausens im *Israelitischen Familienblatt*, 1921 und 1924.

<sup>2</sup> GÜNTER WALLHAUSEN, Verfolgungsschilderung, undatiert; in Besitz der Tochter Betty Sassoon, der ich an dieser Stelle für die zuvorkommende Unterstützung danke. Ähnliche, wenn auch wesentlich weniger Angaben, finden sich in der Wiedergutmachungsakte Wallhausens; in: KREISARCHIV LIPPE, K 2 BEG KV Detmold/Lemgo Nr. 1637.

<sup>3</sup> Vgl. Tabelle über jüdische Gewerbebetriebe in Bad Salzuflen und Schötmar 1933-1938; in: FRANZ MEYER/ANSGAR BECKER/STEFAN WIESEKOPSIEKER, Jüdisches Leben ins Bad Salzuflen und Schötmar 1918 - 1945, Detmold 1998, 22-23. Moritz Wallhausens Zuzug in Schötmar ist mit dem 2. Januar 1920 verzeichnet. Vgl. Meldekarte Moritz Wallhausen; in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN. Ein besonderer Dank für die freundliche Unterstützung gebührt Sonja Beinlich vom Stadtarchiv. Die frühere Hausnummer war 9. Vgl. ADRESSBUCH DES LANDES LIPPE, Detmold 1926, 452 und 464.

<sup>4</sup> Moses Wallhausen, geboren 1839 in Amelsen, mit der 1831 geborenen Johanna („Hannchen“) Holstein verheiratet, verstarb 1921.

<sup>5</sup> Bertha Silberbach, geboren am 28. Februar 1877 in Schötmar.

<sup>6</sup> ISRAELITISCHES FAMILIENBLATT vom 14. April 1921, 25. September 1924 und 18. März 1926.

Ein wenig mehr lässt sich über die Familie Wallhausen aus den Erinnerungen des 1927 geborenen und in direkter Nachbarschaft, in der Schülerstraße 17, lebenden Werner Katz erfahren:

„The Wallhausens had a small house and shop diagonally across the street from us, and butchered in a small way. Their name was synonymous with Ziegenfleisch, the despised goats' meat, which people like us never touched.“<sup>7</sup>



*Abb. 3: Schülerstraße 22, rechts daneben von Bäumen verdeckt Nr. 20, ca. 1948.  
(Stadtarchiv Bad Salzuflen)*

Günters Mutter Bertha galt als gute Kennerin der Ortsgeschichte.<sup>8</sup> Es ist nicht bekannt, ob Moritz Wallhausen als Kriegsteilnehmer dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF) oder ob er dem gegen den Antisemitismus agierenden Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) angehörte. Sein Name taucht in diesen Zusammenhängen nicht auf. Auch darüber, ob er sich in religiösen Belangen eher an der das Gemeindeleben in Schötmar bestimmenden orthodox ausgerichteten Familie Rosenwald<sup>9</sup> orientierte oder aber liberaler gesinnt war, lässt sich den vorhandenen Quellen nichts entnehmen. Unbekannt ist ebenfalls, ob und in welchem Maße er sich im städtischen Vereinsleben engagierte.

---

<sup>7</sup> VERNON KATZ, *The Blue Salon and Other Follies. A Jewish Boyhood in 1930s' Rural Germany*, o. O. 2008, 146. Katz konnte Deutschland im März 1939 mit einem Kindertransport nach England verlassen.

<sup>8</sup> KATZ 2008, 29.

<sup>9</sup> JÜRGEN HARTMANN, „Vom Zahne der Reform und des Indifferentismus benagt“. Zur religiösen Ausrichtung jüdischer Lipper von der Mitte des 19. Bis ins 20. Jahrhundert; in: ROSENLAND. ZEITSCHRIFT FÜR LIPPISCHE GESCHICHTE, 14/2013, 21-43 (hier: 28 f., 40).

Mit der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten begann im Frühjahr 1933 der SA-Terror gegen den jüdischen Bevölkerungsteil. Die lippischen Zeitungen berichteten bereits am 29. März über erste Boykottaktionen vom Vorabend in Bad Salzuflen. Jüdische Geschäfte waren mit Schildern „Kauft nur bei Deutschen! Wir sind Juden!“ versehen worden.<sup>10</sup> Gerüchte aus Schötmar, nach denen bei mehreren jüdischen Bürgern in der Nacht auch Haussuchungen erfolgt seien, wurden dementiert. Während einen Tag später über SA-Posten vor den jüdischen Geschäften in Bad Salzuflen berichtet wurde, war es anscheinend in Schötmar beim Anbringen von antisemitischen Schildern geblieben.<sup>11</sup> Die *Lippische Landes-Zeitung* berichtete am 4. April jedoch über einen Appell der Synagogengemeinde Bad Salzuflen-Schötmar an ausländische und „jüdische Behörden“, die „Angriffe“ gegen Deutschland einzustellen.<sup>12</sup>

Werner Katz erinnerte sich, dass Günter und der 1923 geborene Egon Hamlet von ihren Klassenkameraden regelmäßig verprügelt wurden.<sup>13</sup> Im Frühjahr 1934 verließ Günter Wallhausen die Volksschule und begann um Ostern eine Aushilfstätigkeit bei der Firma Neupert<sup>14</sup>, die über ein Jahr bis 1935 währte. Tatsächlich gelang es ihm anschließend, eine Lehrstelle in der Tischlerei Altmann in Werl zu erlangen. Massive Einflussnahme der Tischlermeistervereinigung veranlasste den Betriebsleiter jedoch, Günter Wallhausen zu entlassen.

Nur scheinbar trat 1934/35 eine Entspannung ein. Moritz Wallhausen erhielt im Februar 1935 noch das Ehrenkreuz für Frontkämpfer verliehen.<sup>15</sup> Der Druck auf den jüdischen Bevölkerungsteil nahm im Lauf des Sommers 1935 indes vehement zu. Das NS-Organ, die *Lippische Staatszeitung*, hetzte täglich in seinen Spalten gegen jüdische Kaufleute und Viehhändler, prangerte deren nichtjüdische Kunden an und giftete gegen Lipper, die weiterhin privaten Umgang mit Juden pflegten. Bereits vor der Nürnberger Rassegesetzgebung im September überschlugen sich die örtlichen Parteigliederungen in Lippe in Aktionen und Maßnahmen gegen „das Judentum“. Im August nahm der Gemeinderat in Schötmar einstimmig eine „Entschließung gegen Juden und Judengenossen“ an. In sieben Punkten wurde unter propagandistischer Begleitung der Handel mit und der Zuzug von Juden verboten sowie den jüdischen Bürgern der Besuch des Freibades untersagt.<sup>16</sup>

Nach den „Rassegesetzen“ erreichte die Auswanderung einen neuen Höhepunkt. Die Zahl derjenigen jüdischen Lipper, die Deutschland daraufhin verließen, war jedoch gering. Mangelnde Kontakte, mangelnde Sprachkenntnisse, mangelnde Geldmittel – es galt so viele Hemmnisse zu überwinden, vor allem auch die starke emotionale Bindung an die Heimat. Werner Katz zufolge sah sich die Familie Wallhausen in einer ungünstigen Lage:

---

<sup>10</sup> LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG (LLZ) vom 29. März 1933. Am 9. April legte die LLZ nach: der Boykott in Schötmar sei „ohne Zwischenfälle“ verlaufen.

<sup>11</sup> LLZ vom 30. März 1933.

<sup>12</sup> LLZ vom 4. April 1933.

<sup>13</sup> KATZ 2008, 26.

<sup>14</sup> Dabei handelte es sich höchstwahrscheinlich um die Möbelfabrik Neuper in der Aechternstraße.

<sup>15</sup> KREISARCHIV LIPPE, D 100 Lemgo Nr. 8 (alte Signatur).

<sup>16</sup> LLZ vom 13. August 1935.

„What else can we do? asked the Wallhausens, who had no connections abroad. They were not well-off and had been asked to the coffee circle, even though they were not expected to reciprocate.“<sup>17</sup>

Es fehlten die Kontakte, vor allem offenbar die finanziellen Mittel. Einen Neuanfang mit beinahe 60 Jahren in einem fremden Land konnten sich die Eheleute Wallhausen möglicherweise ebenfalls nicht mehr vorstellen. In der bei der Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten in Münster erhaltenen Akte über Moritz Wallhausen sind keinerlei Hinweise zu laufenden Auswanderungsbemühungen zu finden.<sup>18</sup> Einer Haushaltsliste zufolge, die für den Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden gefertigt wurde, lebte nun auch Bertha Wallhausens Schwester Julie Silberbach bei der Familie in der Schlageterstraße 20.<sup>19</sup> Günter Wallhausen trug mit Aushilfstätigkeiten in verschiedenen Firmen zum Familieneinkommen bei. Für das Jahr 1938 gab er an, erwerbslos und krank gewesen zu sein.<sup>20</sup>

Während der staatlichen Terroraktion gegen den jüdischen Bevölkerungsteil in den frühen Morgenstunden des 10. Novembers 1938 wurden, wie die Ortspolizei wenig später der Gestapostelle Bielefeld Bericht erstattete, die Synagoge zerstört und bei mehreren Wohnungen und den letzten existierenden Geschäften die Fensterscheiben eingeschlagen. Bei der Familie Wallhausen handelte es sich um eine Scheibe von 2,56 qm Größe und einem Schaden von 85 bis 100 Reichsmark, wie der Bericht akkurat festhielt.<sup>21</sup> Werner Katz hatte die Geschehnisse der Nacht aus dem Haus Schülerstraße 17 beobachtet:

„I crept to an upstairs front window. It was very dark, but I could make out some figures in S.A. hats and others who were not in uniform. They were giving the same treatment to the Hamlets' house, opposite us, and to the Wallhausens, and to Aunt Alma's house<sup>22</sup>. There was something lacklustre about their performance, as if not all of them were enjoying what they were doing. There wasn't that Party Rally enthusiasm.“<sup>23</sup>

Neun Männer aus Schötmar wurden in „Schutzhaft“ genommen, sechs davon von der Ortspolizei zu einer Sammelstelle in Bielefeld gebracht. Sie wurden schließlich per Zug in das Konzentrationslager (KL) Buchenwald bei Weimar überstellt.<sup>24</sup> Überraschenderweise zählte der 57-

---

<sup>17</sup> KATZ 2008, 293.

<sup>18</sup> Vgl. Akte der Devisenstelle zu Moritz Wallhausen, 1939-1956; in: LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN ABTEILUNG WESTFALEN (LAV NRW WESTF.), L 001a Nr. 10388.

<sup>19</sup> Haushaltsliste Wallhausen, Schötmar, ca. Dezember 1937; in: ZENTRALARCHIV ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DER JUDEN IN DEUTSCHLAND (ZA), B 1/34 Nr. 802. Julie Sella Silberbach wurde am 4. Mai 1879 in Schötmar geboren.

<sup>20</sup> WALLHAUSEN, Verfolgungsschilderung.

<sup>21</sup> Gendarmerie-Amt Schötmar an Gestapo Bielefeld, 18. November 1938; in: LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN ABTEILUNG OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), M 1 IP Nr. 1106.

<sup>22</sup> Alma Silberbach, geborene Mannheim, geboren am 6. August 1869, lebte im Haus Schlageterstraße 18. Sie wurde Ende Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert.

<sup>23</sup> KATZ 2008, 351.

<sup>24</sup> Gendarmerie-Amt Schötmar an Gestapo Bielefeld, 18. November 1938; in: LAV NRW OWL, M 1 IP Nr. 1106. Insgesamt überführte die Polizei 45 Männer aus Lippe ins Sammellager nach Bielefeld.



jährige Metzger Wallhausen nicht dazu. Ob er an diesem Abend nicht anwesend war oder er aus Sicht der örtlichen „Machthaber“ nicht in das Raster der „möglichst vermögenden Juden“, die festgenommen werden sollten, fiel, ist nicht bekannt.

Direkt nach der Terroraktion folgte der letzte Schritt der wirtschaftlichen Ausschaltung. Die noch bestehenden jüdischen Geschäfte und Betriebe wurden zwangsweise geschlossen oder „arisiert“. Zum Jahresende 1938 traf es die kleine Metzgerei von Moritz Wallhausen. Die Familie musste nun weitgehend von ihrem wenigen Ersparnen leben, staatliche Fürsorgeleistungen für jüdische Deutsche gab es fortan nicht mehr. Im Sommer 1939 verkaufte Moritz Wallhausen deshalb ein kleines Grundstück in seinem alten Heimatort Lüthorst für rund 1.300 Reichsmark. Etwa ein Drittel des Erlöses zog das Deutsche Reich als „Entschädigungszahlung“ und „Sühneleistung“ nach der Gewaltaktion ein. Kein jüdischer Deutscher konnte zu jener Zeit mehr über sein Vermögen und seine Einkünfte frei verfügen. Die Finanzbehörden legten die Höhe der monatlichen Auszahlungen von dem von jedem Haushalt eingerichteten Sicherungskonto fest. Während Moritz Wallhausen für 1938 bereits nur noch 280 Reichsmark an Gesamteinkünften angeben konnte, schrumpften diese 1939 auf gerade einmal 120 RM. Die angegebenen monatlichen Ausgaben für den jetzt vierköpfigen Haushalt beliefen sich allerdings auf 160 RM. Ab Mai/Juni 1939 wurden jüdische Frauen, insbesondere aber Männer durch die Arbeitsämter in miserabel entlohnte Arbeitseinsätze in Firmen der Region vermittelt. Vielfach handelte sich dabei um Bauunternehmen. Moritz stand nun als „Erdarbeiter“ im erzwungenen Arbeitseinsatz bei dem Herforder Bauunternehmen Breder. Über seine Entlohnung finden sich in der Devisenakte keine Angaben.<sup>25</sup>

Auch der Sohn Günter war Ende Mai 1939 zum Arbeitseinsatz verpflichtet worden. Wie sein Vater kam er zur Firma Breder. Ein Verzeichnis „über voll arbeitsfähige Juden bzw. Jüdinnen im Stadtbezirk Schötmar im Alter von 18 bis 55 Jahren“, das die Stadt am 29. Dezember 1939 anlegte, führt vier Männer und eine Frau auf, die bereits „in Arbeit vermittelt“ worden seien, darunter Günter Wallhausen.<sup>26</sup> In seinen eigenen Aufstellungen fehlen genauere Angaben über die Zeit bis Oktober 1940. Ein Eintrag in der Bürgerrolle der Stadt ermöglicht es, diese zeitliche Lücke zum Teil zu schließen. Darin ist seine Abmeldung nach „Neuendorf (Buchholz)“ mit dem 25. April 1940 notiert. Sehr wahrscheinlich handelte es sich dabei um das Landwerk Neuendorf in Brandenburg.<sup>27</sup> Diese Einrichtung war eine 1932 ins Leben gerufene jüdische Arbeiterkolonie und Ausbildungsstätte, die vielen jungen Menschen zur beruflichen Vorbereitung ihrer Auswanderung diente. Neben Ausbildungsmöglichkeiten in der Land- und Viehwirtschaft, in der Gärtnerei und in der Hauswirtschaft gab es solche Angebote auch in Handwerksberufen. Das Landwerk verfügte über eine Tischlerei, eine Schlosserei und eine Stellmacherei. 1941 wurde Neuendorf wie viele andere Einrichtungen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (RVJD) zu einem Zwangsarbeitslager. Es ist anzunehmen, dass Günter Wallhausen sich im Landwerk weitere Kenntnisse als Tischler aneignete.

---

<sup>25</sup> Vgl. Akte der Devisenstelle zu M. Wallhausen, 1939-1956; in: LAV NRW WESTF., L 001a Nr. 10388.

<sup>26</sup> Aufstellung über im Arbeitseinsatz befindliche Juden und Jüdinnen, 29. Dezember 1939; in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN, Schötmar III.470.3.

<sup>27</sup> In seiner Verfolgungsschilderung gab Wallhausen – offenbar irrtümlich – an, Mitte 1936 in ein jüdisches „Umschichtungslager“ der Landwirtschaft gekommen zu sein.

Die Meldekartei verzeichnet seine Rückkehr nach Schötmar mit dem 5. Oktober 1940. Bereits Mitte Oktober 1940 wurde er erneut zum Arbeitseinsatz verpflichtet, dieses Mal in der Herforder Möbelfabrik Schwaco, die noch 1944 jüdische „Mischehepartner“ beschäftigte. Die Arbeit übte Günter Wallhausen bis zum 6. Dezember 1941, wenige Tage vor seiner Deportation, aus.

Während des Jahres 1939 hatte sich die Situation für die jüdischen Bürger nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht deutlich verschärft. Seit Mai 1939 bestand die Möglichkeit, sie auf engem Raum in wenigen „Judenhäusern“ zu konzentrieren. Dieses geschah auch in Schötmar. Bis Mitte September 1939 waren die etwa 40 Juden der Stadt in fünf Häusern zusammengezogen worden, wie der NSDAP-Ortsgruppenleiter der Kreisleitung berichtete. Diese Ghettoisierung ging ihm allerdings nicht weit genug, insbesondere die noch vorhandenen Kontaktmöglichkeiten waren ihm ein Dorn im Auge:

„In den letzten Monaten wird allgemein von Volksgenossen die Beobachtung gemacht, dass sich diese Juden in geradezu herausfordernder Weise zeigen. Noch am letzten Freitag kam es vor einem Judenhaus zu einem Menschenauflauf. Beobachtet ist auch, dass sich die Juden in den Abendstunden zusammenfinden und Zusammenkünfte abhalten. Vermutet wird, dass ausländische Radiosender abgehört werden. Leider ist es jedoch bisher nicht gelungen, klare Beweise hierfür zu erbringen. Ich halte es für unbedingt erforderlich, dass man sich mit dieser Mischpoke einmal beschäftigt und zwar umgehend. [...]“<sup>28</sup>

Die von den Nationalsozialisten betriebene Isolierung der jüdischen Bewohner war demnach nicht so erfolgreich, wie es sich der Ortsgruppenleiter wünschte. Er schlug daher im gleichen Schreiben vor, die Bewohner zweier „Judenhäuser“ ebenfalls in den drei Häusern Schlageterstraße 18 bis 22 unterzubringen. Im März 1941 prangerte die *Lippische Staatszeitung* unter dem Titel „Kaum glaublich – aber wahr!“ an, dass „arische Volksgenossen“ weiterhin Umgang mit Juden pflegten:

„Man sollte es eigentlich nicht für möglich halten, dass arische Volksgenossen sich auf offener Straße heute noch mit Juden unterhalten. Und doch ist das vor einigen Tagen hier auf der Schlageterstraße passiert. Wir hoffen, dass diese kurze Andeutung genügt, um den betreffenden Volksgenossen zu veranlassen, dass er sich in seinem Verhalten Juden gegenüber anders einstellt, und zwar so, wie es eines deutschen Mannes im nationalsozialistischen Deutschland würdig ist!“<sup>29</sup>

---

<sup>28</sup> NSDAP-Ortsgruppenleiter an NSDAP-Kreisleitung Lippe, 18. September 1939; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 995.

<sup>29</sup> LIPPISCHE STAATSZEITUNG (LStZ) vom 25. März 1941.

## Die Deportation nach Riga am 13. Dezember 1941

Mit einem Rundschreiben vom 14. November 1941 forderte die Bezirksstelle Westfalen der RVJD ihre Mitglieder dazu auf, sich wegen „in anderen Bezirken vorgekommenen Umsiedlungen“ ebenfalls auf eine solche vorzubereiten und gab Empfehlungen für die zu treffenden Vorbereitungen.<sup>30</sup> Eine gute Woche später erhielt der Bürgermeister von Schötmar durch die Gestapoaußendienststelle Bielefeld die Information über die erste Deportation „nach dem Osten“ aus dem Bezirk. Zusätzlich zu den Richtlinien der Gestapo für die Abwicklung des Transportes erhielt der Bürgermeister als Vertreter der Ortspolizeibehörde eine Liste mit den Namen der elf betroffenen Frauen und Männer aus Schötmar. Neben Moritz, Bertha und Günter Wallhausen unter den Nummern 380 bis 382 stand auch Berthas unverheiratete Schwester Julie Sella Silberbach darauf.<sup>31</sup> Günter Wallhausen war nicht der jüngste, den die Liste aufführte. Gerade einmal elf Jahre alt war die Schülerin Margret Silberbach, die ihre Mutter Ella begleitete.

Schötmar								
373	Zionmann	Bruno J.	21.10.00	Schötmar	"	Arb. Eins.	verh.	Hindenburgstr.16
374	" geb. Strauss	Ilse J.	22. 3.02	Königshofen	"	Hausfrau	"	"
375	Zionmann	Hans J.	25. 9.94	Schötmar	"	Arb.-Eins.	"	"
376	Hamlet	Berta S.	20. 4.99	Schötmar	"	Hausgehilfin	ledig	"
377	"	Hedwig S.	24. 6.91	"	"	"	"	" 18
378	Silberbach	Ella S.	6. 8.84	"	"	ohne	"	" 16
379	"	Margret S.	9. 8.30	"	"	Schülerin	"	" 16
380	Wallhausen geb. Silberbach	Berta S.	28. 2.77	"	"	Hausfrau	verh.	Schlageterstr.20
381	"	Günter J.	16.12.20	"	"	Arb.Eins.	ledig	" 20
382	"	Moritz J.	14. 1.81	Lüthorst	"	Metzger	verh.	" 20

Abb. 4: Liste der für die Deportation vorgesehenen Juden aus Schötmar (Auszug), November 1941.  
(Stadtarchiv Bad Salzuflen)

Es ist unbekannt, ob Günter gemeinsam mit seinen Eltern von der Gestapo auf die Liste gesetzt wurde oder ob er sich freiwillig meldete, um Vater, Mutter und Tante zu begleiten. Ihren Bescheid über die Deportation erhielten die Betroffenen mit einem Schreiben der Bezirksstelle Westfalen der RVJD vom 26. November.<sup>32</sup> Wahrscheinlich wurde er ihnen durch den Vertrauensmann der RVJD vor Ort, den Vorsitzenden der Jüdischen Kultusvereinigung Bad Salzuflen-Schötmar, Max Kornberg, zugestellt. Im Bescheid war das voraussichtliche Abfahrtsdatum, der 13. Dezember, wie auch der Zielort Riga angegeben. Die Order schloss mit den Worten:

„Wir bitten Sie jedoch ebenfalls, die Ruhe zu bewahren, Ihre Vorbereitungen sorgfältig zu treffen und hierdurch Ihnen und uns die gestellten Aufgaben zu erleichtern.“<sup>33</sup>

<sup>30</sup> RVJD-Bezirksstelle Westfalen an Mitglieder, 14. November 1941; in: US HOLOCAUST MEMORIAL MUSEUM (USHMM), RG-10.250. Es handelt sich dabei um Papiere aus dem Nachlass der Mindenerin Edith Brandon (geb. Blau).

<sup>31</sup> Verzeichnis der für die Deportation nach Riga bestimmten Personen aus Schötmar, 22. November 1941; in: STADT-ARCHIV BAD SALZUFLEN, Schötmar Nr. 104. Diese Information erreichte die Stadt über den Landrat des Kreises Lemgo laut Eingangsstempel am 2. Dezember 1941.

<sup>32</sup> Vgl. Bescheid der RVJD-Bezirksstelle Westfalen für Meta Blau in Minden, 26. November 1941; in: USHMM, RG-10.250. Name und Adresse, aber auch die Namen der betroffenen Familienmitglieder, wurden handschriftlich in den Vordruck eingetragen.

<sup>33</sup> EBD.

Am 26. November noch beantragten Moritz Wallhausen und andere von der Deportation Betroffene bei der Ortspolizei, die Stadt verlassen und nach Herford fahren zu dürfen, um dort Impftermine beim Arzt der RVJD, Dr. Hans Freudenthal, wahrzunehmen. Die Genehmigung sollte sich sowohl auf die Nutzung der Reichs- wie der Kleinbahn beziehen, da man getrennt fahren wollte, „um Aufsehen zu vermeiden.“<sup>34</sup> Am 3. Dezember übermittelte die RVJD den „Transportteilnehmern“ noch einmal letzte Hinweise zum Gepäck und zur polizeilichen Abmeldung. Neben den Transportkosten von 50 RM mussten nun noch einmal 34 RM pro Person für Gepäcktransport, Strohgarnitur und Verpflegung im Sammellager überwiesen werden.<sup>35</sup>

Am Nachmittag des 10. Dezembers 1941 wurden insgesamt 26 jüdische Frauen und Männer aus Lippe zum Sammelort nach Bielefeld gebracht, es handelte sich um den Saal des Restaurants „Kyffhäuser“ am Kesselbrink. Die Detmolderin Hedwig Schlamm wurde im letzten Moment wegen ihres Gesundheitszustandes noch zurückgestellt.<sup>36</sup> In einem Vermerk unterrichtete der Meister der Schutzpolizei Wehmeier den Bürgermeister als seinen Vorgesetzten über die erfolgreiche Umsetzung der Maßnahmen zur „Evakuierung“ der ersten Juden aus Schötmar. Die elf aus dem Ort bestimmten Personen wurden von ihm um 13.45 Uhr dem Detmolder Transportführer, dem Schutzpolizisten Schmidt, mitsamt der versiegelten Briefumschläge, in denen sich die Wertsachen befanden, übergeben. Transportmittel für den Weg nach Bielefeld ins Sammellager war ein Kraftfahrzeug, welches das Detmolder Büro der RVJD organisiert hatte. „Der Abtransport ist störungsfrei verlaufen“, schloss der kurze Bericht Wehmeiers.<sup>37</sup> In der Meldekartei wurde die Deportation als Fortzug mit dem Vermerk „umgesiedelt“ eingetragen. Dieses war eine Vorgabe der Gestapo für die Einwohnermeldeämter.<sup>38</sup>

In der Sammelstelle wurden Personen wie Gepäck von Gestapomitarbeitern durchsucht. Hier musste außerdem von jedem Erwachsenen, der es noch nicht zuvor erledigt hatte, eine sogenannte Vermögenserklärung ausgefüllt und unterzeichnet werden. Dabei wurden sie von Mitarbeitern und Helfern der RVJD unterstützt.

### **Exkurs: Der „Finanztod“**

Die Vermögensklärungen erleichterten den Finanzbehörden die restlose Plünderung und Enteignung der in den Osten verschleppten Juden. Seit Ende November 1941 galt, dass nach endgültigem Verlassen des Reichsgebietes das Vermögen dem Staat zufiel, unabhängig davon, ob

---

<sup>34</sup> Moritz Wallhausen u.a. an Ortspolizei Schötmar, 26. November 1941; in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN, Schötmar III.470.3.

<sup>35</sup> RVJD-Bezirksstelle Westfalen an „Transportteilnehmer“, 3. Dezember 1941; in: USHMM, RG-10.250.

<sup>36</sup> Zur Deportation nach Riga am 13. Dezember 1941 s. auch GISELA MÖLLENHOFF/RITA SCHLAUTMANN-OVERMEYER/MONIKA MINNINGER, Die Deportation aus Münster/Osnabrück/Bielefeld am 13. Dezember 1941; in: WOLFGANG SCHEFFLER/DIANA SCHULLE (Hg.), Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden, München 2003, Band 2, 723-764.

<sup>37</sup> Bericht der Schutzpolizei Schötmar (Wehmeier), 10. Dezember 1941; in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN, Schötmar III.470.3.

<sup>38</sup> Alternativ auch „evakuiert“ oder „abgewandert“. Der genaue Zielort durfte nicht eingetragen werden.

das Überschreiten der Grenzen freiwillig oder unfreiwillig geschah. Es war nunmehr kein aufwändiges Einzelverfahren mehr notwendig, sondern dem zuständigen Finanzamt reichte ein Exemplar der Transportliste mitsamt den Vermögenserklärungen. Damit gingen Immobilien wie noch vorhandene Habseligkeiten der „Abgewanderten“ in den Besitz des Deutschen Reiches über.

In den Tagen nach der Deportation entsandte das Finanzamt einen Taxator in die versiegelten Wohnungen der Deportierten. Sein Auftrag war es, die noch vorhandenen Möbel und Einrichtungsgegenstände in Augenschein zu nehmen und ihren Wert festzuhalten. Per Bekanntmachung wurden dann durch die Stadt Interessierte zur Versteigerung der „Judensachen“ vor Ort geladen. Vereinzelt bedienten sich zuvor Parteistellen oder die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) an den Hinterlassenschaften. Die Versteigerung erfolgte durch die Stadt. Der taxierte Wert war dem Finanzamt zu überweisen, der darüber hinaus erzielte Gewinn verblieb bei der Stadt.

Im Fall der Familie Wallhausen lässt sich die Plünderung des Besitzes seitens des Staates bis ins Detail anhand noch vorhandener Akten der Stadt nachvollziehen. Anfang Januar 1942 informierte das Finanzamt in Detmold den Bürgermeister in Schötmar über die Begehung der Wohnung der Familie mit dem Leiter der Schutzpolizei. Das detaillierte Verzeichnis der Hinterlassenschaft in der Wohnung mit den einzelnen ermittelten Werten ist zwar nicht mehr erhalten. Aber die ermittelten Werte für jeden der vier Bewohner des Haushaltes wurden angegeben. Es handelte sich um einen Gesamtwert von 347,50 RM. Das Finanzamt teilte ferner mit, dass es sich gleich bedient hatte: „Ein Teppich wurde für das Reich in Anspruch genommen.“<sup>39</sup> Vermutlich gegen Mitte Februar 1942 versteigerte die Stadt das Inventar der „Judenwohnungen“. Dabei erzielte sie für die Hinterlassenschaften der Wallhausens Einnahmen von 452 RM. 20 Käuferinnen und Käufer hatten zugegriffen, darunter offensichtlich auch der erwähnte Polizeibeamte Wehmeier.<sup>40</sup> Nach Überweisung des ermittelten Wertbetrages an die Finanzbehörde blieb der Stadt ein Gewinn von 104,50 RM.

Nicht nur das Inventar fiel zu Gunsten des Staates, er wurde vor allem nun Eigentümer des Hausgrundstücks Schlageterstraße 20 und eines Gartens in der Lehmkuhlstraße 32. Die Stadt zeigte nur Interesse am Erwerb des freien Grundstücks. Sie legte aber Wert darauf, dass das Haus „in Anbetracht der großen Wohnungsnotlage“ rasch von den restlichen jüdischen Bewohnern geräumt würde, um die beiden dann freien Wohnungen stadtseitig zu vermieten.<sup>41</sup>

Der Oberfinanzpräsident in Münster teilte der Stadt mit, dass ein Verkauf des Gartengrundstücks nicht beabsichtigt sei. Nur die Verpachtung käme in Betracht. Das Hausgrundstück sollte dagegen unbedingt verkauft werden. Die Verwaltung und auch zwischenzeitliche Vermietung lagen nun in der Hoheit des Finanzamts in Detmold.<sup>42</sup> Dieses machte der Stadt hinsichtlich der Vermietung einen Strich durch die Rechnung. Es sei „möglichst umgehend unter Zustimmung

---

<sup>39</sup> Finanzamt Detmold an Bürgermeister Schötmar, 5. Januar 1942; in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN, Schötmar III.470.2.

<sup>40</sup> Vgl. Einnahmeanordnung für die Stadtkasse, 19. Februar 1942; in: EBD.

<sup>41</sup> Stadt Schötmar an Finanzamt Detmold, 13. Januar 1942; in: EBD.

<sup>42</sup> Oberfinanzpräsident Münster an Stadt Schötmar, 19. Februar 1942; in: EBD.

des Kreisleiters ein Mieter [...], der eine Wohnung am dringendsten benötigt [...] namhaft zu machen.“<sup>43</sup> Zwischenzeitlich waren bereits die ersten Interessenten an das Finanzamt herangetreten.<sup>44</sup> Der Magistrat befürwortete den Verkauf, brachte zudem erneut seine beiden schon genannten Vorschläge für Mieter ein.<sup>45</sup> Im Oktober 1942 wurde das Haus Wallhausen schließlich für 5.850 RM verkauft. Der Käufer nahm die von der Stadt vorgeschlagenen Familien als Mieter an.

Im März 1942 hatte das Finanzamt das 1.450 qm große Gartengrundstück in der Lehmkuhlstraße an die Stadt verpachtet. Die wiederum verpachtete es in vier Parzellen an Kleingärtner.

### Das Ziel: das „Reichsjudenghetto“ Riga

Am 1. Juli 1941 hatte die deutsche Wehrmacht die lettische Hauptstadt Riga eingenommen. Noch am selben Tag kam es unter großer Beteiligung lettischer Nationalisten zu Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung. Ungefähr 6.000 Menschen wurden in den folgenden drei Monaten ermordet. Ende Juli wurden die jüdischen Arbeitskräfte in einem abgesperrten Bereich konzentriert. In der sogenannten Moskauer Vorstadt entstand nun ein eingehegtes Ghetto, welches am 25. Oktober 1941 komplett abgeriegelt wurde. Hier lebten auf engstem Raum rund 30.000 Juden.



*Abb. 5: Das Ghetto Riga mit lettischen Juden am Vorabend der Abriegelung.  
(Deutsche Zeitung im Ostland vom 25. Oktober 1941)*

Im Zusammenhang mit der „Endlösung der Judenfrage“ betrachtete Heinrich Himmler Riga als Deportationsziel für 25.000 Juden aus dem Altreich, Österreich sowie Böhmen und Mähren. Wie

<sup>43</sup> Finanzamt Detmold an Stadt Schötmar, 24. Februar 1942; in: EBD.

<sup>44</sup> Beispielsweise Gustav A. an Finanzamt Detmold, 24. Februar 1942; in: EBD.

<sup>45</sup> Protokoll der Magistratssitzung der Stadt Schötmar, 27. Februar 1942; in: EBD.

andere Zielorte, beispielsweise Minsk, war das Ghetto aber bereits überfüllt. Die Nationalsozialisten planten daher, Platz zu schaffen für die aus dem Reich angekündigten Transporte. In der zweiten Novemberhälfte mussten fünf Züge, die deutsche und österreichische Juden nach Riga bringen sollten, nach Kowno (Kaunas) umgeleitet werden. Hier wurden sie durch das der Einsatzgruppe A angehörende Einsatzkommando 3 unter Führung von Karl Jäger am 25. und 29. November 1941 liquidiert. Am 30. November 1941, dem „Rigaer Blutsonntag“, wurden rund 15.000 lettische Juden aus dem Ghetto Riga im Wald bei Rumbula ermordet, am 8. Dezember erschossen deutsche und lettische SS noch einmal 12.500 lettische Juden. Es lebten also gerade noch 2.500 von ihnen im Ghetto. Zu Himmlers Verärgerung hatte der Höhere SS- und Polizeiführer Friedrich Jeckeln auch den ersten Transportzug aus dem Reichsgebiet, der am Morgen des 30. November mit 1.053 Berliner Juden eintraf, Stunden vor dem Massenmord an den lettischen Juden restlos liquidieren lassen.<sup>46</sup> Jeckeln hatte damit eigenmächtig im Ghetto ausreichend „Platz geschaffen“ für die nachfolgenden Transporte.

Zwischen dem 2. und 9. Dezember 1941 kamen im Abstand von zwei bis drei Tagen nun Transporte aus Nürnberg, Stuttgart, Wien und Hamburg in Riga an. Die Deportierten wurden, da die „Räumungsaktion“ noch nicht gänzlich abgeschlossen war, zunächst auf dem ehemaligen Gut Jungfernhof, einem behelfsmäßigen Lager, untergebracht. Am 10. Dezember erreichte ein Transport aus Köln den Güterbahnhof Šķirotava. Es waren die ersten deutschen Juden, die direkt ins Ghetto Riga gebracht wurden. Am 12. Dezember trafen ein Zug aus Kassel und am 13. Dezember ein weiterer aus Düsseldorf ein.<sup>47</sup>

## **Der Bielefelder Transport**

An diesem 13. Dezember, einem Samstag, verließ der Transport mit insgesamt 1.012 Juden aus den Regierungsbezirken Minden, Münster und Osnabrück sowie dem Land Lippe den Bielefelder Hauptbahnhof. Die Abfahrt erfolgte am Nachmittag. Anfangs wurden für die „Abschiebung“ noch – wenn auch ältere – Personenwagen der 3. Klasse eingesetzt. Die Waggontüren wurden verriegelt, nur zwei Mal hielt der Zug auf der rund 1.100 Kilometer langen Strecke zur Aufnahme von Trinkwasser. Der Mindenerin Edith Blau gelang es, am 14. Dezember eine Karte aus dem Zug zu werfen:

„Wir sehen schon aus wie die Schweine. Kein Wasser, kein Licht im Zug. Hoffentlich sind wir bald da.“<sup>48</sup>

---

<sup>46</sup> ALFRED GOTTWALDT/DIANA SCHULLE, Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005, 101-113.

<sup>47</sup> Dem Zug aus Bielefeld folgte am 18. Dezember ein Transport aus Hannover. Nach einer „Weihnachtspause“, die vor allem logistischen Problemen geschuldet war, setzten die Transporte erst Mitte Januar wieder ein. Insgesamt wurden von Dezember 1941 bis Februar 1942 etwa 15.000 Menschen aus Deutschland und Österreich ins Ghetto Riga verschleppt.

<sup>48</sup> Edith Blau (verheiratete Brandon) an Verwandte, 14. Dezember 1941; in: USHMM, RG-10.250.

Während die vorderen Waggons überheizt waren, litten die Insassen der hinteren Waggons unter der Kälte. Einige Überlebende wie die damals 14-jährige Irmgard Heimbach aus Osnabrück berichteten, dass der Zug nicht am 16. Dezember, sondern bereits kurz vor Mitternacht (23 Uhr) des 15. Dezember 1941 den Güterbahnhof Šķirotava erreichte:

„Nach zweitägiger Fahrt in einem ungeheizten Zug kamen wir auf dem Verladebahnhof in Riga an. Wir mussten aber noch die ganze Nacht im Zug bleiben. Am anderen Morgen, als es hell wurde, sahen wir ringsum hohen Schnee. Wir merkten, dass wir im Osten waren, denn die strenge Kälte machte sich bemerkbar. Etwas später kam die SS mit Gummiknüppeln und trieb uns aus dem Zug. So hatten wir gleich einen schönen Empfang und einen kleinen Vorgeschmack für unser künftiges Leben.“<sup>49</sup>

Am 16. Dezember, dem Tag seines 21. Geburtstages und damit seiner Volljährigkeit, betrat Günter Wallhausen mit seinen Eltern und seiner Tante den gefrorenen Boden bei Riga und lernte neben der extremen Kälte sogleich das brutale Regiment der deutschen und lettischen Bewacher kennen. Waren es im Sammellager und im Bielefelder Bahnhof schroffe Befehle von Gestapo und SS gewesen, erwarteten die Ankommenden in Riga zum äußerst rauen Umgangston Faustschläge auf Rücken und Köpfe, Stöße und Tritte, Stockhiebe und sogar Mordandrohungen, denen mit Waffen Nachdruck verschaffen wurde. Wallhausen beschrieb die Ankunft wie folgt:

„Wir wurden wie eine Herde Vieh vom Bahnhof zum Ghetto gejagt unter Bewachung von SS, SD usw. Im Ghetto wurden wir zu 8 Personen ein[em] Raum zugewiesen.“<sup>50</sup>

Die Unterbringung der über Bielefeld verschleppten Menschen im Ghetto erfolgte für zahlreiche von ihnen im Gebäude in der Viļānu iela 7.<sup>51</sup> Es bürgerte sich ein, die lettischen Straßennamen nach der Herkunft der Deportierten zu benennen. Es existierten eine Kölner, eine Kasseler, eine Düsseldorfer, eine Berliner, eine Leipziger und eine Prager Straße. Die Viļānu iela wurde zur Bielefelder Straße.<sup>52</sup> Die einzelnen Zimmer wurden mit 8 bis 10 Personen belegt.

Hatten die Deportierten bereits bei der Ankunft am Güterbahnhof und beim etwa zwei Stunden dauernden Fußmarsch ins Ghetto schreckliche Erfahrungen machen müssen, fanden sie vor und in den Häusern noch Spuren und Hinterlassenschaften der Tage zuvor ermordeten Bewohner

---

<sup>49</sup> IRMGARD OHL [geb. Heimbach], Als Jugendliche im KZ. Erinnerungen an Riga (1997); in: DIETHARD ASCHOFF/GISELA MÖLLENHOFF, Fünf Generationen Juden in Laer. Leben und Schicksal in einer westmünsterländischen Kleinstadt, Münster 2007, 194-210.

<sup>50</sup> WALLHAUSEN, Verfolgungsschilderung.

<sup>51</sup> Zum Marsch ins Ghetto und zum Haus Nr. 7 – genannt „B 7“ – s. die Zeitzeugen Irmgard Ohl (geb. Heimbach) und Ewald Aul aus Osnabrück im Dokumentarfilm „Wir haben es doch erlebt. Das Ghetto von Riga“ von JÜRGEN HOBRECHT, 2013.

<sup>52</sup> Zum Ghetto Riga s. die hervorragende Darstellung von ANDREJ ANGRICK/PETER KLEIN, Die „Endlösung“ in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941-1944, Darmstadt 2006.



vor: zertrümmerte Möbel, Essensreste auf Tischen und in Vorratsschränken, aus Kommoden gezerzte und zerrissene Wäsche.



*Abb. 6: Einer der Zugänge zum Ghetto, ca. 1941/42.  
(Yad Vashem Archives, Photo Collection, ID 23781)*

Im Vergleich zur Heimat wirkten die Gebäude und Straßen im mit Stacheldraht umgebenden Ghetto heruntergekommen und verwahrlost. Die eisige Kälte hatte zudem die Wasserleitungen einfrieren lassen. Als wesentlich grauenvoller wurde jedoch die ungeahnte Willkür und hemmungslose Gewalt wahrgenommen. Dem damals 19-jährigen Ernst Steinweg aus Münster<sup>53</sup> blieb ein Mord wenige Stunden nach Eintreffen im Ghetto in Erinnerung:

„Am 16.12.1941 gegen 7 Uhr [abends, JH] an dem Tage unserer Ankunft im Ghetto zu Riga erschien Tuchel<sup>54</sup> in unserer Wohnung. Alle Männer, die etwas beleibt [waren] oder körperliche Gebrechen hatten, schlug er in ungehöriger gemeiner Weise auf den Leib. Unter den Geschlagenen befand sich auch mein

---

<sup>53</sup> Ernst Steinweg wurde am 28. April 1922 im fränkischen Königsberg geboren und vom kinderlosen Ehepaar Steinweg in Münster adoptiert. Im Ghetto wohnte er mit den Adoptiveltern unter anderem gemeinsam mit dem Rechtsanwalt Ludwig Kaufmann und der Familie Ludwig Miltenbergs in einer „Wohnung“. Sein Adoptivvater Adolf Steinweg, ein Malermeister, wurde im September 1944 erschossen. Ernst Steinweg wurde im April 1945 aus dem AEL Nordmark bei Kiel befreit und kam mit dem Roten Kreuz nach Schweden. Wie Günter Wallhausen emigrierte er 1950 von dort nach Australien, wo er 1990 starb.

<sup>54</sup> Der selbstherrliche und sadistische Polizeiwachtmeister Otto Tuchel hatte sich bei vielen Überlebenden ins Gedächtnis eingebrannt. Er bereicherte sich skrupellos an seinen Opfern. Vgl. ANGRICK/KLEIN 2006, 119, 135-137, 155, 170 f.

Vater. Ein gewisser Paul Schönthal<sup>55</sup>, der unserer Gruppe angehörte und besonders dick war, musste sich auf Befehl von Tuchel auf einen Nachttopf setzen. Ein[em] gewissen Behrend<sup>56</sup>, Malermeister aus Bielefeld, gab er etwas zu trinken und musste derselbe dann mit ihm auf die Straße gehen. Kaum, dass sie das Zimmer verlassen hatten, hörten wir Schüsse und fanden wir dann auch Behrend tot vor der Türe liegen.“<sup>57</sup>

## Der Aufbau des Lagers Salaspils

Während Eltern und Tante im Ghetto verblieben, wurde Günter Wallhausen gemeinsam mit weiteren Männern aus dem Transport bereits am 22. Dezember 1941 nach Salaspils, gelegen inmitten eines Waldgebietes 18 Kilometer südöstlich von Riga nahe der Eisenbahnlinie nach Dünaburg, überstellt. Hier musste Wallhausen beim Aufbau eines Lagers mitarbeiten, das nach der Fertigstellung offiziell als erweitertes Polizeigefängnis und Arbeitserziehungslager dienen sollte. Bis Ende 1941 kamen zwischen 800 bis 1.000 Männer aus den ankommenden Transporten zum Arbeitseinsatz dorthin. Die wesentliche Tätigkeit der Männer bestand darin, Baracken und Wachtürme zu errichten.<sup>58</sup> Angesichts der dort herrschenden Brutalität galt ihnen der Ort als „die weiße Hölle“. Zu genau jener Zeit befand sich eine SS-Propagandakompanie in Salaspils. Vom Tag der Ankunft Wallhausens existiert daher eine Fotoserie. Sie dokumentiert unter anderem Szenen des Aufbaus, Häftlingsappelle, aber auch Häftlingsmisshandlungen.<sup>59</sup> Ob es sich bei den Personen auf den Fotos um Aufnahmen der Neuankömmlinge handelt, ist nicht mehr festzustellen.

Der im Lauf der ersten Arbeiten errichtete Zaun des Lagers umfasste ein Gelände von 500 Metern Länge und 375 Metern Breite. Später im Herbst 1942 waren dort fast 1.800 politische Häftlinge untergebracht. Lagerkommandant zur Zeit von Wallhausens Aufenthalt war der brutale SS-Oberscharführer Richard Nickel. Als besonders grausam blieb vielen Häftlingen der Rotenführer Otto Teckemeier in Erinnerung, den sie, weil er Häftlingen auflauerte und sie dann barbarisch misshandelte, „Stuka“ nannten. Insgesamt waren die Bedingungen desaströs: monatelange Eiseskälte, kaum Heizmöglichkeiten, schlechteste Ernährung, mangelnde Hygiene. Die Sterblichkeit war daher außerordentlich hoch.<sup>60</sup> Handwerker wie Wallhausen, die überall gefragt waren, besaßen letztlich jedoch eine bessere Überlebenschance als Kaufleute oder Akademiker.

---

<sup>55</sup> Paul Schönthal wurde am 3. Oktober 1886 in Hagen geboren und lebte bis zur Deportation in Münster. Er heiratete im Januar 1942 im Ghetto („Ghetto-Ehe“) die Münsteranerin Vera Goldschmidt. Seine Spur verliert sich in Riga. S. GISELA MÖLLENHOFF/RITA SCHLAUTMANN-OVERMEYER, *Jüdische Familien in Münster 1918-1945. Ein biographisches Lexikon*, Münster 1995, 396 f.

<sup>56</sup> Ein Malermeister namens Behrend aus Bielefeld existierte nicht. Möglicherweise handelte es sich um den Münsteraner Kaufmann Theodor Behrendt, geboren am 2. April 1898 in Groß Schliewitz, der mit Ehefrau Klara und den Töchtern Ruth und Eva nach Riga deportiert wurde. Zu ihm s. MÖLLENHOFF/SCHLAUTMANN-OVERMEYER 1995, 64 f.

<sup>57</sup> Eidesstattliche Versicherung von Ernst Steinweg, Jönköping, März 1948; in: WIENER LIBRARY, P III h No. 1008/a.

<sup>58</sup> GOTTWALDT/SCHULLE 2005, 115 f.

<sup>59</sup> BUNDESARCHIV, Bildarchiv, Bestand 101III-Duerr.

<sup>60</sup> SCHEFFLER/SCHULLE 2003, Band 1, 12-15.



*Abb. 7: Häftlingsappell im Lager Salaspils am 22. Dezember 1941.  
(Bundesarchiv, Bildsammlung, Bild 101 III-Duerr-053-34)*

Der grassierende Hunger verleitete manche Häftlinge zum verbotenen Tauschhandel. Die Konsequenzen waren hart. Wallhausens Kamerad Kurt Steinweg berichtete im März 1948 über das grausame Regiment des Kommandanten Nickel:

„Wer sich durch Tauschhandel<sup>61</sup> zusätzlich etwas Lebensmittel verschaffte und von Nickel gefasst wurde, musste sein Leben lassen. Auf diese Weise starben in dieser kurzen Zeit 70-80 Männer. Durch ihn wurden Juden gezwungen, ihre eigenen Glaubensgenossen aufzuhängen. Der lettischen Wache, die dem gefährlichen Araja-Kommando<sup>62</sup> angehörte, gab er den Befehl, die Prügelstrafe bei Juden durchzuführen. Trotz Anwesenheit von 5-6 jüdischen Ärzten durfte keinerlei Hilfe geleistet werden. Im Gegenteil: Alle Kranken, die die Kojen nicht verlassen konnten, wurden auf halbe Ration gesetzt. Sie bekamen statt 125 Gramm Brot nur die Hälfte täglich. Sobald die Totenzahl 200 überschritten hatte, wurde aus dem Ghetto wieder neuer Bestand angefordert.“<sup>63</sup>

---

<sup>61</sup> Es ergaben sich beispielsweise über die Arbeit im nahegelegenen Sägewerk Kontakte zur einheimischen Bevölkerung und damit Tauschmöglichkeiten.

<sup>62</sup> Eigentlich: Kommando Arājs. Dabei handelte es sich um eine lettische Hilfseinheit des SD unter Viktors Arājs, die maßgeblich am Judenmord in Lettland beteiligt war. Das Kommando stellte von Dezember 1941 bis 1943 die Wachen in Salaspils. Insgesamt wuchs die Stärke der Einheit von einigen Hundert im November 1941 auf 1.500 Mann im Jahr 1943.

<sup>63</sup> Aussage Kurt Steinweg, Jönköping, März 1948; in: WIENER LIBRARY, P III h No. 1023/a. Steinweg, geboren am 27. August 1920 in Horstmar, lebte vor seiner Deportation nach Riga über Düsseldorf am 11. Dezember 1941 in Krefeld. Er wurde Anfang Mai 1945 im AEL Nordmark in Hassee bei Kiel befreit und kam über das Rote Kreuz nach Schweden. Von dort emigrierte er 1948 in die USA. Steinweg starb am 31. März 2011 in Fort Lauderdale.

Der Hunger war besonders in den eisigen Wintermonaten bei Temperaturen um minus 25 Grad ein ständiger Begleiter. Alex Salm aus Wegberg, der mit dem Transport vom 8. Dezember 1941 aus Köln gekommen war, erinnerte sich 1949, dass die Häftlinge über Weihnachten für drei Tage und auch an Silvester kein Brot erhielten. Zu jener Zeit mussten sie den Gepäcktransport Wiener Juden entladen, in den Koffern fanden die Ausgehungerten auch Lebensmittel, von denen sie aßen. Dr. Rudolf Lange, Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Lettland, kam mit dem jüdischen Lagerältesten Einstein überraschend hinzu. Drei jüdische Männer, die Brot genommen hatten, darunter Aaronsohn aus Hamburg und Heinz Freund aus Rheydt, wurden von Lange selbst erschossen.<sup>64</sup>

Nur sehr wenige wagten zu fliehen, da sie fürchteten, dass ihre im Ghetto verbliebenen Angehörigen zur Rechenschaft gezogen würden. Anfang April 1942 flüchteten Erich Kahn und ein Mann namens Ballon aus Salaspils. Kahn wurde ergriffen. Alex Salm beschrieb, was daraufhin folgte:

„Unter der Leitung Dr. Langes<sup>65</sup> wurde er, nachdem das gesamte Lager angetreten war, gehängt. Vorher erhielt Kahn noch 30 Schläge mit einer geflochtenen Lederpeitsche auf Befehl Langes auf das nackte Gesäß. Der mit Kahn geflüchtete Ballon wurde nicht ergriffen. Dafür ließ Lange durch den Barackenältesten der Baracke 3, in der Ballon lag, 10 Personen aus dieser Baracke zur Erschießung heraussuchen. Als diese beisammen waren, fragte Lange, woher Ballon sei. Als man ihm sagte, aus Brünn, fragte Lange weiter, wer von uns aus Brünn wäre. Es meldete sich ein Kamerad. Diesem ließ Lange mit den Worten ‚Du hast ihn gekannt, Du Schwein‘ ebenfalls 30 Schläge mit der Lederpeitsche auf das nackte Gesäß schlagen. Darauf ließ er den Kameraden durch die lettische SS-Lagerwache erschießen.“<sup>66</sup>

Der Fund von Lebensmitteln bei einem 30-köpfigen Arbeitskommando in Riga führte Mitte Mai 1942 zu einer Hinrichtung von 12 bis 15 der Männer im Lager Salaspils.<sup>67</sup> Im Sommer schließlich war das Lager soweit fertiggestellt, dass es die ersten Gruppen politischer Häftlinge und „Missliebiger“ aufnehmen konnte. Die überlebenden Juden, die zum Aufbau ausgewählt worden waren, wurden in miserablen gesundheitlichem Zustand ab Juni wieder nach Riga ins Ghetto geschickt. Die letzten kehrten im August zurück, darunter Günter Wallhausen, der auf ein dreiviertel Jahr in Salaspils zurückblickte:

„Die Zustände waren so primitiv und die Behandlung so brutal, dass nur sehr wenige dieses überlebten. Schläge, Erschießungen und Erhängungen war[en an der] Tagesordnung, abgesehen von der grausamen Kälte und Hunger. [...]“<sup>68</sup>

---

<sup>64</sup> Aussage Alex Salm, 18. Mai 1949; in: WIENER LIBRARY, P III h No. 1006 I.

<sup>65</sup> Rudolf Lange (1910-1945), Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Lettland.

<sup>66</sup> Aussage Alex Salm, 18. Mai 1949; in: WIENER LIBRARY, P III h No. 1006 I.

<sup>67</sup> SCHEFFLER/SCHULLE 2003, Band 1, 16.

<sup>68</sup> WALLHAUSEN, Verfolgungsschilderung.

## Zurück im Ghetto Riga

Abgehungert und erschöpft fand sich Günter Wallhausen am 15. August 1942 erneut im Ghetto. Zum ersten Male nach Monaten sah er auch seine Eltern wieder. Wo er untergebracht war, und ob seine Tante Julie Silberbach zu diesem Zeitpunkt noch bei der Familie war und lebte, ist unbekannt:

„Die Zustände im Ghetto waren eine Katastrophe, Bekleidung, Nahrung, Krankheiten usw. Die Todeszahl war sehr hoch, weil alles sehr rationiert war.“<sup>69</sup>

Fortwährend kam es außerdem zu Erschießungen aus geringsten Anlässen. Wallhausen wurde zur Arbeit im Einsatzstab Nord, einer regionalen Gliederung des Stabes von Major Ritter von Schu, abgestellt. Schu hatte als Beauftragter für die Schrott- und Altmetallerrfassung in den gesamten besetzten Gebieten dazu beizutragen, den stetig steigenden Bedarf der Rüstungswirtschaft bei gleichzeitigem Rohstoffmangel zu befriedigen. Der Einsatzstab Nord war für die Erfassung östlich der Reichsgrenzen zuständig. Welche Aufgaben Günter Wallhausen dort unter welchen Bedingungen erfüllen musste, ist nicht bekannt. Der gesammelte und gereinigte Schrott wurde – wie Wallhausen berichtet – direkt nach Deutschland gesandt.<sup>70</sup>

## Im Zwangsarbeitslager Suschenhof

Während des Jahres 1943 kamen neue SS-Projekte im Raum Riga zur Umsetzung. Eines davon war ein Lager, das der SS-Ausbildungsstab für fremdvölkische Einheiten auf dem alten Gutsgelände des Suschenhofs (Suži) zu errichten beabsichtigte. Das Gelände lag recht nah am Kisch-See (Kīšezers), nur wenige Kilometer nordöstlich vom Stadtzentrum Rigas. Beim Aufbau dieses Lagers kamen wiederum jüdische Arbeitskommandos zum Einsatz. Günter Wallhausen, der bereits das Lager Salaspils mit errichtet hatte, befand sich unter den Männern, die ausgewählt wurden. Auch Alex Salm aus Wegberg, der wie Wallhausen in Salaspils eingesetzt worden war, gehörte zum Kommando. Eigenen Angaben zufolge kam Wallhausen nach elf Monaten beim Einsatzstab Nord am 20. Juli 1943 nach Suschenhof. Eine Kaserniertenliste vom 27. September weist das jüdische Arbeitskommando mit 37 Arbeitskräften aus.<sup>71</sup> Suschenhof unterstand dem SS-Untersturmführer Rudolf Reese.<sup>72</sup>

Wie in Salaspils waren auch die Arbeitstage in Suschenhof extrem lang, hart und entbehrungsreich:

---

<sup>69</sup> EBD.

<sup>70</sup> WALLHAUSEN, Verfolgungsschilderung.

<sup>71</sup> ANGRICK/KLEIN 2006, 399 (Anm. 22).

<sup>72</sup> Gegen Reese liefen 1979-1982 Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Frankfurt wegen des Verdachts der Beteiligung an der Erschießung eines jüdischen Arbeitshäftlings im Sommer 1943. Dazu existiert eine Akte im BUNDESARCHIV, B 162 Nr. 28670. Das Verfahren wurde eingestellt.

„Suschenhof [...] war ein SS-Ausbildungslager, hier habe ich Barracken gebaut und Erdarbeiten verrichtet, von Tagesanbruch bis spät in der Nacht bei Scheinwerferbeleuchtung.“<sup>73</sup>

## Im KL Kaiserwald

Im Frühjahr 1943 befahl Himmler, ein Konzentrationslager nahe Riga zu errichten. Daraufhin entstand im Villenvorort Mežaparks-Kaiserwald das KL Kaiserwald. Der Reichsführer SS ordnete nunmehr am 21. Juni die Auflösung des Ghettos an. Arbeitsfähige Juden sollten ins KL Kaiserwald verlegt werden. Nicht arbeitsfähige und „nicht benötigte“ Angehörige seien „nach dem Osten zu evakuieren“. Das neue Lager besaß eigentlich nur eine beschränkte Aufnahmekapazität für rund 2.000 Menschen. Die eigentlich rasch geplante Räumung des Rigaer Ghettos zog sich bis Ende Oktober 1943 hin.



Abb. 8: KL Kaiserwald, undatiert.  
(Yad Vashem Archives, Photo Collection, ID 37239)

Günter Wallhausen kam am 25. September 1943 nach Kaiserwald und erlebte dort den gleichen Schock wie viele andere Frauen und Männer. Bereits bei Eintritt ins Lager wurden sie von Funktionshäftlingen aus Sachsenhausen im gestreiften Drillich empfangen und registriert. Sie erhielten Nummern und nach Desinfektion und entwürdigender Untersuchung ebenfalls gestreifte Häftlingskleidung.<sup>74</sup> Wallhausens Erinnerungen spiegeln diese Zäsur, den Übergang vom Ghetto in die „brutale Innenwelt“<sup>75</sup> des Konzentrationslager-System, deutlich wider:

<sup>73</sup> WALLHAUSEN, Verfolgungsschilderung.

<sup>74</sup> ANGRICK/KLEIN 2006, 392 f.

<sup>75</sup> ANGRICK/KLEIN 2006, 394.

„Dieses KZ war im Aufbau, ich habe geschlafen in Barracken ohne Dach bei Wind und Wetter, unsere Kleidung [wurde uns] abgenommen, unsere Köpfe rasiert und ich bekam Sträflingskleidung. Wie sich später herausstellte war dieses KZ das Aufnahmelager der Überlebenden des Ghetto Riga. Die Verpflegung und Behandlung [waren] unmenschlich, der Lagerälteste war ein Berufsverbrecher, unsere Kolonnenführer [waren] Mörder, Diebe usw., alles Jahre lange KZ-Häftlinge, die über uns Gewalt hatten [...]. In diesem Lager bin ich sehr viel geschlagen worden, unter anderem wurden mir einige Zähne ausgeschlagen.“<sup>76</sup>

## Erneut in Riga

Sein Aufenthalt im KL Kaiserwald währte vorerst nur wenige Wochen. Am 9. November 1943 wurde Wallhausen zum Arbeitseinsatz nach Riga zurückberufen. Hier arbeitete er als Tischler bei der dortigen Frontleitstelle.<sup>77</sup> Das Ghetto war bereits fast gänzlich aufgelöst. Einer späteren Aussage zufolge sah er zu jener Zeit seine Eltern zum letzten Mal.<sup>78</sup> Was ihnen geschah, ist unbekannt. Vielleicht wurden sie selektiert und kurz darauf ermordet, vielleicht überstellte man sie über Šķīrotava ins Vernichtungslager Auschwitz. Günter Wallhausens Arbeitseinsatz in Riga währte etwas über drei Monate.

## Zurück im KL Kaiserwald

Am 17. Februar 1944 ging es zurück ins KL Kaiserwald. Mit dem näher rückenden Frontverlauf intensivierten sich im Juli und August die Selektionen, die vorwiegend Insassen unter 15 und über 50 Jahren trafen. Im Spätsommer stand das Lager in voller Auflösung. Seit April waren zwei Teilkommandos aus SD-Beamten und Ordnungspolizei in Lettland im Rahmen der Aktion 1005, der sogenannten Enterdungsaktion unter Leitung von Paul Blobel, welche die Spuren des Massenmordens beseitigen sollte, im Einsatz. Jüdische Arbeitskommandos mussten unter anderem in den Wäldern von Rumbula und Bikernieki die Leichen exhumieren, sie verbrennen, die Knochen zermahlen oder zermahlen und anschließend die Asche verstreuen. Nach Beendigung der Aktionen wurden die jüdischen Häftlinge exekutiert. Gemeinsam mit zwei Mithäftlingen aus dem KL Kaiserwald, Kurt Steinweg<sup>79</sup> und Herbert Winter<sup>80</sup>, legte Wallhausen im März 1948 der Association of Baltic Jews in Great Britain eine eidesstattliche Aussage gegen den

---

<sup>76</sup> WALLHAUSEN, Verfolgungsschilderung.

<sup>77</sup> Die Frontleitstelle in der Wallstraße 30 ist als Einsatzort eines Arbeitskommandos (V.46141/48) in einer Liste, vermutlich aus dem Jahr 1942, angegeben. Das Dokument stammt aus dem Lettischen Staatsarchiv und ist abgedruckt bei GERTRUDE SCHNEIDER, *Reise in den Tod. Deutsche Juden in Riga 1941-1944*, Dülmen 2008, 163-166 (hier: 166).

<sup>78</sup> Vgl. Todeserklärung von Moritz und Bertha Wallhausen durch das Amtsgericht Bad Salzflun, 1950; in: LAV NRW OWL, D 23 Bad Salzflun Zg. 1/1990 Az. 94/50 (alte Signatur). Als Zeitpunkt des Todes wurde der 31. Dezember 1945 festgelegt.

<sup>79</sup> Zu Kurt Steinweg s. Anm. 63.

<sup>80</sup> Herbert Winter, geboren am 17. März 1922 in Korschenbroich, wurde ebenfalls am 11. Dezember 1941 über Düsseldorf nach Riga deportiert. Winter starb am 30. Mai 2015 in Los Angeles.

SS-Hauptscharführer Hans Brüner vor. Brüner war damals Rapportleiter und Leiter des Arbeitseinsatzes.<sup>81</sup> Er war ebenfalls an der Selektion der Häftlinge beteiligt, zuletzt beaufsichtigte er die Aktion 1005. Die drei Überlebenden erklärten:

„Seine Hauptaufgabe bestand darin, die Todestransporte zusammenzustellen. Er füllte immer das Kommando 1005 auf, das unter der Leitung eines Sturmführers Globel<sup>82</sup> stand. Diese unglücklichen Menschen mussten die Gräber von erschossenen Juden und Kriegsgefangenen ausgraben und dann die Leichen verbrennen, damit jede Spur verschwand. Die Angehörigen dieses Kommandos durften selber nie mehr lebend zurückkommen.“<sup>83</sup>

Die letzten Gruppen von Häftlingen des KL Kaiserwald wurden im September 1944, zumeist per Schiff über die Ostsee, ins KL Stutthof im Gau Danzig-Westpreußen transportiert. Transportunfähige und „unnütze“ Häftlinge waren zuvor erschossen worden. Günter Wallhausen wurde am 25. September verlegt. Drei Wochen später befreiten sowjetische Einheiten Riga.

## **KL Stutthof**

Etwa 35 Kilometer östlich von Danzig bestand von September 1939 bis Mai 1945 das Lager Stutthof. Fungierte es anfangs als Zivilgefangenenlager, änderte sich der Status im Oktober 1941 zum Sonder- und dann im Januar 1942 zum Konzentrationslager. Der Lagerkomplex umfasste 39 Außenlager. Das KL Stutthof sollte 25.000 Häftlinge fassen, wurde aber nie ganz fertiggestellt. Kurzzeitig war eine Gaskammer im Betrieb. Gegen Ende 1944 wurde Stutthof zum Auffanglager für viele Tausend Jüdinnen aus Ungarn und viele Insassen aus den Lagern des Baltikums, die vor der heranrückenden Roten Armee geräumt wurden. Die Bedingungen waren daher noch katastrophaler als in Kaiserwald, wie sich auch Günter Wallhausen erinnerte:

„Dieses KZ war das grausamste, unmenschlichste, was ich bisher gesehen und erlebt habe. Zu 4 Häftlingen habe ich geschlafen in einer Koje, verlaust, dass sich meine Häftlingskleidung von selbst bewegte, gegessen zu mehreren Häftlingen aus einer Schüssel, Appell gestanden stundenlang bei Regen. Mein Essen bestand aus einer dünnen Scheibe Brot und einer Wassersuppe, ungewaschene[n] Kartoffelschalen, Roterübenblätter[n] und dergleichen pro Tag.“<sup>84</sup>

---

<sup>81</sup> In der Erklärung bezeichnet als „Bruenner“. Zu Brüner s. auch ANGRICK/KLEIN 2006, 393.

<sup>82</sup> Hier handelt es sich um den SS-Standartenführer Paul Blobel (1894-1951). Er war ab Sommer 1941 Führer des Sonderkommandos 4a der Einsatzgruppe C, das bis Januar 1942 etwa 60.000 Juden ermordete, davon allein 30.000 Ende September 1941 in der Schlucht von Babyn Jar bei Kiew. Im Sommer 1942 wurde er mit der Sonderaktion 1005 betraut. Blobel wurde im Einsatzgruppenprozess 1948 zum Tode verurteilt und 1951 gehängt. S. auch ANGRICK/KLEIN 2006, 416-419, 426-428.

<sup>83</sup> Anklage gegen den ehemaligen Hauptscharführer Brüner, März 1948; in: WIENER LIBRARY (London), P III h No. 1023/c.

<sup>84</sup> WALLHAUSEN, Verfolgungsschilderung.





Abb. 9: KL Stutthof, undatiert.  
(Ghetto Fighters House Archives, ID 12229)

## KL Burggraben und KL Danzig-Troyl und wieder Stutthof

Nur wenige Wochen später, am 20. Oktober 1944, überstellte man Wallhausen ins KL Burggraben, ein Außenlager von Stutthof. Hier wurde er zum Arbeitseinsatz auf der Schichau-Werft im Danziger Hafen abgestellt. Die Werft produzierte U-Boote für die Kriegsmarine. Im September 1944 waren hier mehr als 7.700 Menschen beschäftigt. Andere jüdische Häftlinge wie Samuel Weiss aus Ungarn bauten in Nachtschicht Bunker:

„Unsere Arbeitszeit betrug zwölf Stunden in bitterer Kälte. Die Kost waren 33 Dekagramm Brot und ein halber Liter Suppe. Wir hatten jede Nacht ein paar Erfrorene. Außerdem wurden wir so geprügelt, dass ich die Spuren jetzt noch am Kopf trage.“<sup>85</sup>

Die sowjetischen Truppen rückten näher, am 19. März 1945 wurden die Häftlinge des KL Burggraben ins KL Danzig-Troyl, ebenfalls ein Außenlager des KL Stutthof, verlegt. Hier war Wallhausen noch mit Bruno Eichmann zusammen, der mit ihm von Schötmar nach Riga deportiert worden war.<sup>86</sup> Alles war wegen des Vormarsches der Roten Armee, die bereits mit Artilleriebeschuss einsetzte, in Auflösung und Chaos begriffen. Nach nur 10 Tagen ging es deshalb für die Häftlinge zurück ins Lager Stutthof. Die Zustände waren unvorstellbar grauenvoll:

<sup>85</sup> Aussage Samuel Weiss, 10. August 1945; in: YAD VASHEM ARCHIVES, O.15 Nr. 1037.

<sup>86</sup> Bruno Eichmann, geboren am 31. Oktober 1900 in Schötmar, war ebenfalls in Danzig-Troyl. S. Todeserklärung vom 15. Januar 1958; in: LAV NRW OWL, D 23 Bad Salzuflen II 16/57. Bruno war von seiner Ehefrau Ilse getrennt worden. Sie kam vermutlich noch im Ghetto Riga um. Vgl. Todeserklärung; in: LAV NRW OWL, D 23 Bad Salzuflen

„Zu dieser Zeit war das KZ so überfüllt, dass ich im Freien geschlafen habe, wir waren teilweise ohne Essen und Wasser, Hunger, Schmutz war unerträglich, tausende starben täglich. Ich hatte Wasser in den Beinen und bin erkrankt an Typhus.“<sup>87</sup>

## Die Befreiung

Unter diesen katastrophalen Bedingungen musste Wallhausen noch bis zum 27. April in Stuttgart ausharren. Die Wachmannschaften begannen mit der Räumung des Lagers. Tausende Insassen, darunter Wallhausen, wurden auf Schiffe und Kähne verladen. Die Machthaber planten die Verlegung nach Flensburg. Die Kapitulation vereitelte dieses. Wann genau Günter Wallhausen befreit wurde und wo genau er sich befand – er schrieb „auf dem Weg nach dort“ –, als das Schwedische Rote Kreuz sich seiner annahm, ist nicht zu ermitteln.



*Abb. 10: Günter Wallhausen kurz nach der Befreiung, Mai 1945.  
(Riksarkivet Lund)*

---

Az. II 17/57. Die Tochter Ursula, die sich 1939 mit einem Kindertransport nach England retten konnte, veröffentlichte kurz nach dem Krieg eine Todesanzeige für ihre Eltern im AUFBAU (New York) vom 15. März 1946.

<sup>87</sup> WALLHAUSEN, Verfolgungsschilderung.

Sein Name findet sich nicht auf einer im Juni im *Aufbau* veröffentlichten Liste von deutschen Juden, die im Winter 1941/42 nach Riga deportiert, schließlich aus dem Arbeitserziehungslager Nordmark bei Kiel von der Hilfsorganisation mit ihren sogenannten weißen Bussen gerettet wurden.<sup>88</sup> Günter Wallhausen kam jedenfalls am 11. Mai 1945 nach Schweden. Ein Foto, aufgenommen kurz nach der Befreiung, zeigt ihn noch in seiner Häftlingskleidung unter dem Mantel.

## In Schweden

Ausgezehrt, abgemagert und schwer erkrankt brachten Helfer des Schwedischen Roten Kreuzes den nunmehr 24 Jahre alten Günter Wallhausen direkt in das ehemalige Hotel Ramlösa Brunn in Helsingborg.<sup>89</sup> Ärzte und Pflegepersonal kümmerten sich über die folgenden Wochen um ihn. Am 5. Juni verlegte man ihn in das aus acht Holzbarracken bestehende Flüchtlingslager Rosöga nahe dem südschwedischen Strängnäs. Hier wurden überlebende Juden über mehrere Monate hinweg versorgt.

Eine Liste jüdischer Flüchtlinge deutscher Nationalität des Schwedischen Roten Kreuzes aus dieser Zeit dokumentiert, an welche Angehörigen und Bekannten die Geretteten nun erste Nachrichten ihres Überlebens sendeten. Bei Günter Wallhausen wurden notiert: sein Cousin Erich Scheurenberg in Johannesburg (Südafrika), sein Cousin Otto Wallhausen (Kanada), der aus Schötmar stammende Viehhändler Adolf Katz in Santa Fé (Argentinien) und Walter Silberbach in London, ein einige Jahre in Schötmar lebender Verwandter der Mutter.<sup>90</sup>

Zu einem nicht bekannten Zeitpunkt zog Wallhausen nach Jönköping und arbeitete dort in einer Fabrik. Nicht bekannt ist, wann er der polnischen Jüdin Hendla Szpajer begegnet ist. Sie war am 16. Mai 1920 geboren, hatte ein ähnliches Schicksal hinter sich und die Zeit der deutschen Besatzung und des Terrors im Ghetto Lodz überleben können.<sup>91</sup> Am 28. Dezember 1947 heirateten die beiden in Jönköping. Im Sommer 1949 kam Tochter Berta, benannt nach Wallhausens Mutter, zur Welt.

Einen Monat nach der Hochzeit nahm Wallhausen Verbindung mit Willy Eichmann in Schötmar auf. Der 1895 geborene Kaufmann war dadurch, dass er mit einer Nichtjüdin verheiratet war, nicht in ein Ghetto oder Vernichtungslager verschleppt worden. Seit Mitte 1943 hatte Eichmann in „geschlossenem Arbeitseinsatz“, unter anderem im Lager Zeitz in Thüringen, Zwangsarbeit

---

<sup>88</sup> Vgl. „Nach Schweden gerettet“ im *AUFBAU* (New York) vom 22. Juni 1945. Diese Liste führt jedoch Personen aus dem Raum Bielefeld und Münster, mit denen Wallhausen in Riga und den verschiedenen Lagern, aber auch später in Schweden, in Verbindung stand: Kurt Steinweg aus Krefeld, (Ernst Steinweg aus Münster), Inge Rosenthal aus Bielefeld.

<sup>89</sup> Karteikarte des Schwedischen Roten Kreuzes, 11. Mai 1945; in: RIKSARKIVET LUND, ÖI a25. Als Berufsbezeichnung ist dort Snickare (Tischler) eingetragen.

<sup>90</sup> List No. 1 over Jews of German nationality who arrived to Sweden, Juni 1945; in: ITS ARCHIVES (Bad Arolsen), 3.1.1.3 / ID: 78777927.

<sup>91</sup> Ihr Name findet sich auf einer undatierten Bewohner-Liste des Ghettos Lodz (Litzmannstadt) mit der Adresse W-Straße 8/23; in: USHMM, RG-15.083.

geleistet. Wallhausen bat ihn, Papiere, die seine Eltern vor der Deportation bei Nichtjuden (Herrn Engeler, Herrn Hagemeier) hinterlegt hatten, für Rückerstattungs- und Wiedergutmachungsangelegenheiten nach Schweden zu senden:

„Habe ich diese Papiere hier, werde ich die Sache weiterleiten und den Herren Pg. zeigen, dass ihre Blütezeit aus ist, sich an Juden zu bereichern.“<sup>92</sup>

Er schilderte Willy Eichmann in einem weiteren Brief, was er über dessen ebenfalls nach Riga deportierten Angehörigen wusste:

„Von Bruno, Ilse + Hans [Eichmann, JH] habe ich nichts gehört, obwohl ich alle Zeitungen lese, wo gerettete Juden bekanntgegeben werden. Wie ich höre, ist ein Freund von mir gerettet und wohnt in Minden, seine Adr. Kurt Scheurenberg, Minden oder Frille. Er war bis zuletzt mit Bruno zusammen in Danzig-Troyl, wo beide krank waren und ich weiter transportiert wurde, es ist möglich, dass er Angaben über den Verbleib von Bruno machen kann. Von E[gon] Hamlet hatte ich Post, er ist seit 3 Mon. in USA, bei seinem Onkel und es geht ihm gut.“<sup>93</sup>

Im August 1947 schrieb Günter Wallhausen den ersten Brief an die Stadt Schötmar und bat um Auskunft darüber, was aus dem Besitz der Eltern wurde.<sup>94</sup> Erst zwei Monate später verfasste der neue Bürgermeister eine kurz gehaltene Antwort, die den Käufer des Hauses und den Kaufpreis nannte. Beim Gartengrundstück, das von der Stadt gepachtet war, unterrichtete die Stadt Wallhausen zwar darüber, dass es von Kleingartenpächtern bewirtschaftet werde, die Stadtverwaltung aber nur die Miete für das Finanzamt einziehe.<sup>95</sup>

Schweden sollte indes nicht dauerhafte neue Heimat der jungen Familie Wallhausen sein. Über das Pariser Büro des American Joint Distribution Committee (AJDC) betrieb das Ehepaar seit Herbst 1949 die Emigration nach Australien.<sup>96</sup> Im Frühjahr 1950 war es soweit, die dreiköpfige Familie machte sich mit dem Dampfer „Napoli“ von Genua auf den Weg nach Australien. Die Wallhausens ließen sich in Sydney nieder. Hier wurde 1954 Sohn Robert geboren.

## Neue Heimat Australien

Die Tochter Betty hat ihren Vater als Menschen in Erinnerung, der keineswegs verbittert war und immer eine positive Lebenseinstellung an den Tag legte. Günter Wallhausen war ein begeisterter Tennis- und Fußballspieler. Er liebte Tiere, besaß über viele Jahre einen Schäferhund und züchtete Wellensittiche. Gesundheitlich aber wirkten die harten Jahre der Entbehrung und

---

<sup>92</sup> Günter Wallhausen (Jönköping) an Willy Eichmann, 25. Januar 1948; in: LAV NRW OWL, D 23 Bad Salzuflen Zg. 1/1990 Nr. 94/50.

<sup>93</sup> Günter Wallhausen (Jönköping) an Willy Eichmann, 25. März 1948; in: EBD.

<sup>94</sup> Günter Wallhausen (Jönköping) an Bürgermeister Schötmar, 6. August 1947; in: STADTARCHIV BAD SALZUFLEN, Schötmar III.470.2.

<sup>95</sup> Zum Rückerstattungsverfahren s. LAV NRW OWL, D 20 B Zg. 14/1989 Az. Rü 31/49 (alte Signatur).

<sup>96</sup> Eintrag in der Emigrationskartei des AJDC Paris, in: ITS ARCHIVES, 3.1.3.1 / ID: 80212541.

des brutalen Lageralltags nach und forderten ihren Tribut. Beinahe fortwährend war Günter Wallhausen von Herzproblemen geplagt. Anfangs führte er einen Holzverarbeitungsbetrieb bis zu einem Unfall, bei welchem er zwei Finger verlor. Er gab das Unternehmen auf und stieg in ein Geschäft mit Büstenhaltern ein, bis er einen Herzinfarkt erlitt und Schwierigkeiten mit dem Geschäftspartner auftraten. Zuletzt eröffnete er mit seiner Frau ein Geschäft für Kinderbekleidung. Einen Tag vor der Barmitzwa seines Sohnes Robert, am 3. Februar 1967, starb Günter Wallhausen mit gerade einmal 46 Jahren in diesem Geschäft an einem erneuten Herzinfarkt. Bis zu seinem Tod hatte er seinen Kindern nicht von der Zeit in den Lagern erzählt. Seine Frau Hendla starb am 29. Juli 2003.



*Abb. 11: Betty, Hendla, Robert und Günter Wallhausen, 1960er.  
(Betty Sassoon)*

## Rezensionen

*Freitag, Werner u. Thomas Tippach (Hg.), Westfälische Kleinstädte um 1900. Typologische Vielfalt, Daseinsvorsorge und urbanes Selbstverständnis, Aschendorff Verlag, Münster 2021 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, N. F. 60). – 456 S., zahlr. Abb., Karten, Grafiken, 44 Euro.*

Der vorliegende Band enthält die Vorträge einer Tagung, die im Oktober 2019 in Büren stattgefunden hatte. Das Thema war gewählt, weil „das dichte Netz an Kleinstädten ... ein prägendes Moment der Städtelandschaft Westfalens über die Jahrhunderte hinweg“ gewesen sei und „von der Forschung in der Regel nur die großen Städte behandelt werden“ (Werner Freitag). Die Gliederung umfasst drei Sektionen: „Dynamisches Städtewachstum und Funktionsgewinne“, mit Dorsten, Vreden, Blomberg, Neuhaus, Salzuflen und Bünde; „Städtisches ‚Stilleben‘ und moderates Wachstum“, mit Billerbeck, Driburg, Schmallenberg, Horstmar und Borgholzhausen; und „Von der Landgemeindeordnung zur Städteordnung“, mit Greven und Büren. Im Folgenden sollen die ostwestfälischen und lippischen Beispiele in den Fokus gerückt werden.

Den meisten der hier betrachteten Orte ist gemeinsam, dass sie mit Rechten, Märkten und handwerklicher Gewerbestruktur städtisch waren, mit einer großen Abhängigkeit von der Landwirtschaft aber gleichzeitig auch dem umgebenden Lande zuzuordnen waren. Der qualitative Sprung in eine neue Gewichtung hing von mehreren Faktoren ab, von denen zwei herausstechen: die Entwicklung industrieller Güterproduktion und der Anschluss an die Eisenbahn, die die Zufuhr benötigter Rohstoffe und die überregionale Vermarktung der neuen Produkte ermöglichte.

Die Industrialisierung brachte einen Bevölkerungsschub mit sich, der wiederum eine Neuorganisation und Professionalisierung der Verwaltung erforderte. Sie garantierte die strukturellen Rahmenbedingungen für Handel und Gewerbe, aber auch für die Daseinsvorsorge: die Einrichtung von Poststellen, die Gewährleistung der Energieversorgung durch Gas- und Elektrizitätswerke, Verbesserungen für den Verkehr (Pflasterung der Straßen), die Förderung medizinischer Versorgung (Krankenhausbau), der Bildung (Einrichtung weiterführender Schulen), die Schaffung einer sozialen Grundsicherung (Armenfürsorge) und die Förderung der Kultur. Dazu kommt eine stärkere Partizipation der Bürger an politischen Entscheidungen, selbst unter den Bedingungen des preußischen und lippischen Dreiklassenwahlrechts.

Am deutlichsten ist der Aufschwung in Salzuflen (Stefan Wiesekopsieker) zu erkennen, wo die aus Franken stammende Unternehmerfamilie Hoffmann mit ihrer Stärkefabrik einen internationalen Markt bediente. Hier kam dazu, dass sich parallel auch das „Solebad“ zu einer Einrichtung mit überregionaler Bedeutung entwickelte und der Stadt damit nicht nur 1914 die Benennung als „Bad“ einbrachte, sondern auch ein zweites ökonomisches Standbein. Auffällig ist die Konkurrenz, aber auch zeitweilige Zusammenarbeit der beiden Unternehmungen, die z. B. beide vom Bahnanschluss profitierten

War es in Blomberg (Dieter Zoremba) die Spezialisierung der handwerklich organisierten Tischlereibetriebe auf die Stuhlfabrikation, die in Verbindung mit technischen Innovationen zu einem industriellen Aufschwung führte, der den Bahnanschluss einforderte und durch ihn dann gefördert wurde, so war in Bünde (Norbert Sahrhage) die Verarbeitung von aus Bremen eingeführten Rohtabaken für den ökonomischen Aufschwung verantwortlich. Die internationale Verflechtung Bündes brachte besondere Einrichtungen mit sich: die staatliche Zollerhebung und die Einrichtung von Filialen von Großbanken, während es sonst bei lokalen oder kreisweiten Sparkassen- und Volksbankgründungen blieb.

Unausweichlich musste es innerhalb der Städte zu Auseinandersetzungen zwischen zwei Fraktionen kommen: einer retardierenden und einer innovativen. Am deutlichsten wird das von Dieter Zoremba für Blomberg akzentuiert, wo es der dem Land und dem engen lokalen Markt verbundenen Schicht schwer fiel, Veränderungen mitzutragen, die auf eine überörtliche Bedeutung zielten. Welche Verwerfungen dabei zutage traten, zeigt er am mehrere Jahre dauernden Kampf um die angemessene Energieversorgung mit den Alternativen Gas oder Elektrizität. Ein Teil der Bürgerschaft erkannte überhaupt keine entsprechende Nachfrage, während die Betriebe, von denen die Verwaltung eine Unterstützung hätte erwarten können, ihre Energie selbst erzeugten – im damaligen Credo, dass alles für die Produktion Notwendige auch im eigenen Betrieb erzeugt werden sollte.

Konnte sich die innovative Fraktion in Blomberg durchsetzen, so blieben in Driburg (Dina van Faassen) - seit 1919 Bad Driburg - die retardierenden Kräfte tonangebend. Dazu beigetragen hat sicher die Tatsache, dass die ökonomisch in die Zukunft weisenden Faktoren, Glasproduktion und Glashandel einerseits, die Nutzung verschiedener Quellen für einen Kurbetrieb andererseits, kleinteilig angelegt waren und sich keine kapitalistischen Strukturen entwickelten. Der Widerstand der Stadtverordneten gegen Veränderungen ist immer wieder zu erkennen, von der unzureichenden Bezahlung der Bürgermeister über das Sparen an Schulen und Lehrern bis hin zur, exemplarisch, Verweigerung eines Telefonanschlusses im Rathaus im Jahre 1903.

Die Durchsetzung der innovativen Fraktion und die Professionalisierung der Verwaltung bedingten einen Bedeutungsverlust der traditionell führenden Familien. So stammte, worauf Stefan Wiesekopsieker hinweist, in Salzuflen nur der erste von acht in der Kaiserzeit tätigen Bürgermeistern aus einer der alten Kaufmannsfamilien. Er verweist gleichzeitig auf die Risiken des Paradigmenwandels: Juristisch oder verwaltungstechnisch ausgebildete Fachleute ohne innere Bindung an ihre Dienstorte waren schnell bereit, in lukrativere Stellen zu wechseln. Wie weit die Akteure der neuen Zeit die Politik mitbestimmten, lässt sich auch an der Wahl von Mitarbeitern der Stärkefabrik oder des Solebades in die Stadtverordnetenversammlung und in den Magistrat erkennen.

Gemeinsam war den Städten ein aufblühendes kulturelles Leben. Fast alle ermöglichten die Existenz lokaler Zeitungen, man leistete sich weiterführende Schulen, und für das Selbstverständnis der Bürger sind die Vereine zu nennen, die gerade nach der Reichsgründung als Bildungsvereine, Geselligkeitsvereine und Kulturvereine in großer Zahl gegründet wurden, wobei sich auch die politischen Bündnisse zuerst als Vereine organisierten.

Wie sehr Vereine städtisches Bewusstsein ausmachten, zeigt Rolf Westheider am Beispiel von Borgholzhausen. Die im Teutoburger Wald gelegene Stadt sollte sich vom Niedergang der Ravensberger Leinenproduktion nicht mehr erholen, die Einwohnerzahl stagnierte. Eine industrielle Fertigung für den überörtlichen Markt war äußerst erschwert, da es angesichts der Lage der Stadt keinen direkten Bahnanschluss geben konnte. Wie sehr sich Borgholzhausen aber ein städtisches Bewusstsein bewahrte, zeigt die Existenz von 30 Vereinen um 1900 – bei ca. 1000 Einwohnern!

Eine merkwürdige Rolle spielen Repräsentationsbauten aus fürstbischöflicher Zeit für zwei Kommunen im heutigen Kreis Paderborn: das Residenzschloss in Neuhaus und das Jesuitenkolleg in Büren. Die überörtliche Bedeutung der Minderstadt Neuhaus (Michael Pavlicic) - seit 1957 Schloss Neuhaus - lag in ihrer Funktion als Residenzstadt, ihr Wohlstand hing vom Hofe ab. Nach der Säkularisierung wurde zwar nicht der Bedeutungsverlust, aber der drohende materielle Niedergang durch die Belegung der Schlossanlagen mit preußischem Militär aufgehoben. Neuhaus wurde Garnisonstadt und mit dem angrenzenden Ortsteil Sennelager zum Ausgangspunkt der immer weiter ausgedehnten Nutzung der Senne als Truppenübungsplatz. Erstaunlicherweise ist in Neuhaus etwas gelungen, woran Blomberg z. B. gescheitert war: der Bau eines Krankenhauses. Er war allerdings nicht planmäßigem Verwaltungshandeln zu verdanken, sondern einer individuellen Verfügung: der Jahrzehnte dort wirkende Ortsgeistliche hatte sein Vermögen testamentarisch für den Bau gestiftet.

Die Titularstadt Büren (Wilhelm Grabe) verdankt ihre „Rettung“ als Stadt dem vom letzten Edelherrn Moritz von Büren gestifteten Jesuitenkolleg, dessen Räume für überörtliche Funktionen wie Gericht und Lehrerseminar zur Verfügung standen und Büren auch trotz seiner wenig günstigen Lage die Bestimmung zur Kreisstadt ermöglichten. Aber auch in Büren führte weniger das 1896 erfolgreiche Bemühen, auch rechtlich als Stadt anerkannt zu werden, zum Qualitätssprung, als der Bahnanschluss und mit der Produktion von im kaiserzeitlichen Bauboom benötigten Portlandzement die Eröffnung eines neuen Industriezweigs.

Es wäre interessant, die weitere Entwicklung unter der Frage zu betrachten, wie die Städte mit dem Verlust der Faktoren umgingen, die einst ihren „take-off“ bewirkten. Keine Reisstärke mehr aus Salzuflen, kein Zement aus Büren, keine Garnison mehr in Neuhaus, und dazu noch der Verlust des Bahnanschlusses wie in Blomberg oder Büren – konnte städtisches Bewusstsein trotzdem bewahrt werden? Konnte der Status durch Verbindung mit einer prosperierenden Nachbargemeinde gerettet werden, wie in Bad Salzuflen, oder blieb er nach der Eingemeindung in eine größere Kommune nur noch eine Erinnerung, wie in Schloss Neuhaus? Es wäre schön, wenn der durch die Tagung und den Sammelband gegebene starke Impuls weiterwirken könnte.

*Andreas Ruppert*



*Amir Theilhaber, Friedrich Rosen. Orientalist Scholarship and International Politics, Verlag De Gruyter, Berlin u. a. 2020 – 627 S., Abb., Tab., 1 Karte. 89,95 €; Open Access über die Verlagsseite.*

„So mag denn diese Schrift der Abschiedsgruß eines Freundes Persiens an eine scheidende interessante Kulturperiode sein, der in der Hoffnung ausklingt, daß es dem begabten Volke beschieden sein möge, auch unter den veränderten Verhältnissen wieder zu Blüte und zu einem Leben zu gelangen.“<sup>1</sup>

Mit diesen wehmütigen Zeilen leitete Friedrich Rosen im Sommer 1925 in Detmold einen Band mit Schwarzweißfotografien ein, der ihn noch einmal zu seiner großen Liebe Persien zurückführte. Rosen, 1956 in Leipzig geboren und 1935 beim Besuch seines Sohnes in Peking verstorben, entstammte einer von der Fürstin Pauline nach Lippe gerufenen Familie, von der mehrere Mitglieder durch ihre Belesenheit, ihre Beherrschung orientalischer Sprachen, ihre Offenheit gegenüber der Fremde und ihre Tätigkeit im Diplomatischen Dienst Preußens und des Deutschen Reiches herausragten, er selbst dabei mit einer Karriere vom Dragoman (Dolmetscher und Vermittler) über Konsuls- und Gesandtenstellen bis hin zum Reichsaußenminister. Und so stehen in Friedrich Rosens Leben Jerusalem und Detmold, Kalkutta und Teheran, Beirut und Bagdad, Tanger und Berlin als Lebens- und Erfahrungsorte nebeneinander, alle mit eigener Prägung für seine Persönlichkeit. In Detmold bewahren das Landesarchiv NRW, die Lippische Landesbibliothek und das Lippische Landesmuseum Erinnerungen an diesen Mann.

Amir Theilhaber zeichnet in einer beeindruckend weitgespannten, aus vielen Quellen schöpfenden, Archive, Zeitschriften und bisher nicht genutzte private Sammlungen auswertenden Analyse die Stationen auf Rosens Lebensweg nach. Er macht die Spannungen sichtbar, die zwischen der Erfahrung des Alltagslebens in orientalischen Ländern, wissenschaftlichen Ansprüchen und diplomatischen Verpflichtungen, aber auch innerhalb der Wissenschaft und innerhalb des politischen Wirkens bestanden – Widersprüche, die sich nie auflösen ließen. Das Werk, das auf Theilhabers 2018 von der TU Berlin angenommenen Dissertation beruht, bereichert mit der Fülle seines Materials und der Tiefe der Analysen Historiker, Kulturwissenschaftler und speziell Orientalisten in hohem Maße.

Die Kindheit Rosens ist von Jerusalem geprägt, wo sein Vater Georg als preußischer Konsul wirkte (und das er selbst 1899 – 1900 als Generalkonsul wieder sehen sollte), die Jugend von Detmold, wo er nicht nur am Leopoldinum sein Abitur ablegte, sondern auch mit seinem Vater persische Literatur las, und von Indien, wo er 1886 – 1887 als Sprachlehrer für den Sohn des britischen Vizekönigs Lord Dufferin wirkte. Seine Erfahrungen in Jerusalem und in Indien – mit dem Blickwinkel eines Angehörigen der gesellschaftlichen Elite – waren in einem Punkt ähnlich: als Möglichkeiten des friedlichen Zusammenlebens und des regen kulturellen Austauschs über ethnische und konfessionelle Grenzen hinweg – heute an diesen Orten unvorstellbar. Die Erfahrung „orientalischer“ Gegenwart rief aber in den Kreisen der deutschen Orientalisten eher Irritationen hervor. So verstand die am Hocharabischen orientierte Leipziger Koryphäe, der Friedrich Rosen von seinem Vater vorgestellt wurde, das Jerusalemer Alltagsarabisch nicht, und seine

---

<sup>1</sup> FRIEDRICH ROSEN, Persien in Wort und Bild, Berlin u.a. 1926, 7.

Dissertation über ein Werk des hindustanischen Theaters, das in ganz Indien populär war, fand bei Wissenschaftlern kein Interesse, die ganz dem Sanskrit verhaftet waren und die Gegenwarts-kultur ignorierten.

In Indien erweiterte Rosen das Spektrum seiner Sprachstudien, Urdu und Hindi kamen dazu, aber im Mittelpunkt stand auch dort das auf dem Subkontinent als *lingua franca* genutzte Persische. Letzten Endes waren es die glänzenden Sprachkenntnisse, die ihm anschließend eine Laufbahn im Diplomatischen Dienst ermöglichten. Als Dolmetscher an der deutschen Gesandtschaft in Teheran erlebte er in den Jahren 1891 bis 1898 wieder den fruchtbaren Austausch mit einheimischen Gelehrten und Künstlern. Hier wurde Rosens grundsätzliche Haltung gegenüber dem Orient, seinen Völkern und Kulturen, verfestigt: eine von Demut und Respekt geprägte Anerkennung der kulturellen Leistungen mit langer Tradition – jede Vorstellung einer westlichen Überlegenheit – wie sie auf materiellem Gebiet gleichzeitig unübersehbar war - auf kultureller Ebene war ihm wesensfremd. Hier erlebte er allerdings auch eine politische Problematik, die sich nicht befriedigend auflösen ließ: die Verpflichtung, nicht klar definierte deutsche Interessen in einem Land zu vertreten, das massiv von zwei europäischen Kolonialmächten bedrängt wurde, England und Russland. Der politischen Elite Persiens sollte Rosen wiederbegegnen, als er im Jahr 1902 Schah Mozaffar ad-Din und seine Begleiter auf dem Deutschlandteil ihrer Europareise betreute.

Zurück in Berlin lehrte Rosen Sprachen am Seminar für Orientalische Sprachen, im Jahr 1900 übernahm er im Auswärtigen Amt die Leitung des Orient-Referats. Offensichtlich ist seine Nähe zum Kaiser, der ein sehr eigenes Interesse am Orient aufwies. Rosens Ansichten wurden jedoch im Auswärtigen Amt trotz seiner Kompetenz auch als störend empfunden, und seine Beauftragung mit der Leitung einer Expedition nach Addis Abeba im Jahr 1905 könnte, wie der Verf. mehrfach andeutet, auch dem Wunsch geschuldet sein, ihn aus dem inneren Zirkel der Macht fernzuhalten. Auf dieser mehrere Wochen dauernden Reise, die engere Beziehungen zwischen Berlin und Addis Abeba stiften sollte, zeigte Rosen seine Fähigkeiten als Organisator, als Wissenschaftler und als Diplomat. Das Lob des Kaisers folgte: „Bravo Rosen! Hat seine Sache ganz vortrefflich gemacht.“ (227).

Nach der Rückkehr wurde er als Gesandter mit Sitz in Tanger von 1905 bis 1910 mit der Vertretung des Reiches in Marokko beauftragt. Hier ist Rosen allerdings politisch und persönlich gescheitert. Marokko befand sich im Schraubstock zweier Länder, Frankreichs und Spaniens. Das Ziel deutscher Politik ist nicht eindeutig erkennbar – die Unterstützung marokkanischer Selbständigkeitsbestrebungen gehörte nicht dazu, es ging eher darum, für das „zu spät gekommene“ Reich von Frankreich einen Ausgleich an anderer Stelle, in Afrika oder im Pazifik, einzufordern. Rosen aber, der sowohl mit dem Sultan in Fes in gutem Einvernehmen stand, als sich auch mit schwierigen Regionalfürsten zu arrangieren wusste, zeigte zumindest großes Verständnis für die marokkanischen Unabhängigkeitswünsche. Er resignierte, als er erkannte, wie sinnlos ein solcher Ansatz war und wie wenig er den Berliner Wünschen entsprach. Wie sehr der Sultan dennoch Rosens Haltung schätzte, zeigt das Geschenk eines mit grünem Samt, der Farbe des Propheten, überzogenen Prunksattels (244), der heute im Lippischen Landesmuseum zu sehen ist.

In dieser Zeit der Resignation gelang es Rosen, sein bedeutendstes Werk für die Veröffentlichung vorzubereiten. Einen Höhepunkt in der westeuropäischen Orientbegeisterung stellte die Entdeckung der vierzeiligen Verse des mittelalterlichen persischen Mathematikers und Philosophen Omar dar, der sich selbst „Chayyam“, Zeltmacher, nannte. Seine Popularität im 19. Jahrhundert war einer englischen Nachdichtung zu verdanken, der zahlreiche Übersetzungen folgten; Rosen griff dabei auf Vorlagen zurück, die er einst auf langen Ritten durch Persien gelesen hatte. Die überlieferten Vierzeiler sind in zweifacher Weise umstritten. Die Autorschaft Omars ist unbewiesen, umstritten ist zudem ihre Deutung, bei der der Bogen der Möglichkeiten von einer theologischen, wenn auch nicht gerade orthodoxen, und allegorischen bis zu einer epikureischen und atheistischen Auslegung reicht. Aber vielleicht macht gerade das, die Mehrdeutigkeit ohne Beliebigkeit, große Literatur aus. Die Schönheit der Originalsprache bleibt der Leserschaft jedoch verborgen, worüber sich Rosen im Klaren war. Vorgestellt hatte Rosen seine Übersetzung, die Theilhaber als bis heute kanonisch bewertet (341-342), 1908 auf einem Orientalistenkongress in Kopenhagen. Die Buchedition unter dem Titel „Die Sinnsprüche Omars des Zeltmachers“ erwies sich als *longseller*: 1909 erstmalig erschienen und 1914 erweitert, wurde sie 1929 vom Inselverlag übernommen und bis 1998 in 14 Auflagen angeboten, eine Neuauflage liegt seit 2017 vor.<sup>2</sup>

Vorherrschend war in den islamischen Ländern, die von europäischen Kolonialmächten bedrängt wurden, die Vorstellung, dass Deutschland auf ihrer Seite stehe und gegenüber den anderen Kolonialmächten zumindest als ehrlicher Makler auftreten könne. Im Weltkrieg versuchte die deutsche Führung, dieses Bild aktiv zu nutzen. Ihre Strategie war es, die Völker vom Maghreb bis Indien gegen die Kolonialmächte aufzuwiegeln und dazu das gefährliche Instrument des *Jihad*, des Heiligen Krieges, einzusetzen, den der Sultan in Konstantinopel als Kalif ausrufen sollte. Dieser Ansatz wurde von Rosen als unrealistisch eingeschätzt und ist auch restlos gescheitert. Das Reich des osmanischen Kalifen blieb 1918 als Trümmerhaufen zurück.

Rosens warnende Denkschriften wurden nicht zur Kenntnis genommen, Er beklagte, das Orientbild der deutschen politischen Führung sei eher von Karl May geprägt gewesen als von der Wirklichkeit („Karl May's Jihad?", 392 ff.). Dieser Gedankengang wird vom Verf. leider nicht weiter verfolgt. May hatte in sechs Bänden seiner fiktiven „Reiseerzählungen“ ein farbiges Bild vom Orient gezeichnet, aber unter dem dünnen Firnis agierte der christlich-deutsche Ich-Erzähler den Einheimischen gegenüber mit Faust, Nilpferdpeitsche und Schnellfeuergewehr als Herrenmensch. Ein größerer Gegensatz als der zwischen Mays und Rosens Orientbildern ist kaum vorstellbar, doch einer deutschen Politik, die in Osmanen und Marokkanern, Palästinensern, Persern und Indern nur manipulierbare Objekte sah, war Mays Attitude sicher nicht fremd. Wenn die *Frankfurter Zeitung* anlässlich von Rosens Berufung zum Außenminister meinte, sie wäre besser 10 Jahre früher erfolgt (2), so liegt darin zwar eine Fehleinschätzung seiner Möglichkeiten, aber richtig ist, dass der Krieg als Fortsetzung der Politik im Weltbild Rosens nicht vorgesehen war.

---

<sup>2</sup> Freundliche Mitteilung durch Frau Sommer, Inselverlag, vom 3. Dezember 2021.

Nach dem Weltkrieg und nach seiner kurzen Amtszeit als parteiloser Reichaußenminister im ersten Kabinett des Reichskanzlers Joseph Wirth (10. Mai bis 22. Oktober 1921) widmete sich Rosen ganz seiner philologischen Arbeit und dem engen Austausch mit den vielen Iranern, die im berlinischen Exil lebten und dort eine rege eigene politische und publizistische Tätigkeit entfaltet hatten (Theilhaber schreibt von einem „Iranischen Berlin“, 469). Er bearbeitete drei frühere Veröffentlichungen seines Vaters für Neueditionen, veröffentlichte zahlreiche eigene deutsche und persische Abhandlungen und versenkte sich in die Vergangenheit seines Traumlandes. Wiedergesehen hat er es nicht.

In Berlin konnte er beobachten, wie sich eine alte Diskussion in Orientalistenkreisen, die sich um das Verhältnis von arischer „Vorzeit“ und arabisch-islamischer Überformung Persiens drehte, immer mehr eine ideologisch funktionalisierte, rassistische Deutung erfuhr – Grund genug für ihn, die ganze Idee des „Ariertums“ über Bord zu werfen, zumal er selbst wegen seiner Herkunft inzwischen zu einem Ziel rassistischer Angriffe geworden war.

Er sah die Veränderungen der materiellen Kultur im Lande und befürchtete, dass sie das Persien, das er kannte, bis zur Unkenntlichkeit verändern würden. Er erinnerte daran, dass er für die Karawanenreise von Teheran nach Bagdad 24 Tage benötigt habe, während die Strecke nun mit dem Kraftfahrzeug in 24 Stunden zu bewältigen sei.<sup>3</sup> Es klingt nicht so, als habe er darin einen Gewinn gesehen. Sein politisches Wirken hat diese Entwicklung allerdings selbst gefördert, denn auch das Deutsche Reich wollte Einfluss nehmen. Konzessionen für den Eisenbahnbau waren ebenso begehrt wie für den Bergbau, und die Fa. Krupp zeigte sich immer am Verkauf von Waffen interessiert. Rosen erscheint manchmal wie der moderne Tourist, der eine ursprüngliche Welt bereist und sie damit für ihre Zerstörung öffnet, um im Rückblick den verlorenen Zustand zu verklären. Man darf davon ausgehen, dass er sich dieser Problematik bewusst war. Eine Hoffnung für die islamischen Länder sah er allein in innenpolitischen Reformen im Bewusstsein nationaler Identität, mit der Hoffnung verbunden, dass die eigenen Traditionen darin aufgehoben blieben. Die Erfahrung, wohin Nationalismus auch in jenen Ländern führen sollte, blieb Rosen erspart.

Zu den Traditionen Persiens gehörten für ihn eine vor-islamische, zoroastrisch geprägte Zeit, ein islamisiertes Land mit den kulturellen Höhepunkten des 12. Jahrhunderts und der Glanzzeit der Safawiden im 16. und 17. Jahrhundert. Bleiben wird von seiner Liebe zu Persien die Übersetzung der Vierzeiler Omars des Zeltmachers, sie bereichert unsere Kultur bis heute.

„Omar, der Zeltmacher, hat von früh bis spät  
An manchem Zelt der Philosophie genäht,  
Bis Schicksals Schere sein Lebensseil ihm kappt  
Und Trödler Tod ihn um ein Nichts ersteht.“<sup>4</sup>

*Andreas Ruppert*

---

<sup>3</sup> ROSEN 1926, 93.

<sup>4</sup> Die Sinnsprüche Omars des Zeltmachers, 12. Aufl. Frankfurt 1990, 40.

## **Impressum**

Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte.

Herausgeber und Redaktion:

Jürgen Hartmann (Nordhorn) und Dr. Andreas Ruppert (Paderborn).

Anschrift: Jürgen Hartmann, Sonnenteich 15, D-48527 Nordhorn.

URL: [www.rosenland-lippe.de](http://www.rosenland-lippe.de)

Anfragen, Beiträge etc. an: [rosenland-lippe@web.de](mailto:rosenland-lippe@web.de)

Erscheinungsweise: etwa 1-2 Ausgaben / Jahr.

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich im Frühjahr 2022.

Redaktionsschluss: 31. März 2021.